



**Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.) und
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)**

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23. Mai 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:03 Uhr bis 15:49 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU) (AULNV)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen

3

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2550

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2550

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer 17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume und zur 25. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Insbesondere möchte ich die Sachverständigen begrüßen, die heute zu dieser Anhörung im Landtag erschienen bzw. uns zugeschaltet sind. Herr Müller, melden Sie sich bitte sofort, wenn es einen technischen Defekt gibt.

Die Anhörung wird live ins Internet gestreamt. Außerdem wurde die Einladung bzw. die Tagesordnung zu dieser Sitzung unter der Dokumentennummer E 18/347 veröffentlicht.

Sofern es jetzt keine Wortmeldungen gibt, treten wir in die Tagesordnung ein. – Die heutige Anhörung erfolgt auf Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/2550. Im Namen der Ausschussmitglieder beider Ausschüsse danke ich den teilnehmenden Sachverständigen für Ihre Bereitschaft, zur Klärung von Fragen im Zusammenhang mit diesem Antrag beizutragen, sowie für die vorab übersandten Stellungnahmen, die auf den Tischen im Eingangsbereich des Sitzungssaals ausliegen.

Im Hinblick auf den begrenzten Zeitrahmen und die den Ausschussmitgliedern bereits bekannten Stellungnahmen werden wir ohne Eingangsstatements der Sachverständigen in die Fragerunde eintreten. Die Fraktionen werden gebeten, wie das bei uns im Ausschuss Tradition ist, pro Fragerunde jeweils eine Frage an eine Sachverständige oder einen Sachverständigen zu richten. Die jeweilige Frage wird dann unmittelbar im Anschluss durch die Sachverständige oder den Sachverständigen beantwortet.

Die Sachverständigen haben wohlwollend gelächelt, als ich Ihnen vorhin von unserer Drei-Minuten-Regel erzählt habe. Hier vorne steht unsere große Eieruhr, aber gegebenenfalls würde ich Ihnen dennoch durch ein Winken mit meinem Mobiltelefon andeuten, wenn Sie zum Schluss kommen sollten. Sie haben auch ein Mikrofon vor sich. Schalten Sie das bitte für Ihre Wortbeiträge ein; es ist an, wenn ein grüner Halbkreis leuchtet.

Ich schaue in die Runde und sehe keine weiteren Fragen. Deshalb beginnen wir mit den Fragen. Ich bitte die Abgeordneten um Handmeldungen. – Frau Blask, bitte.

Inge Blask (SPD): Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren Sachverständige! Wir als SPD-Fraktion freuen uns sehr, dass Sie vorab Ihre Stellungnahmen

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

eingereicht haben und heute hier sind. Dazu haben wir natürlich ein paar Fragen. Frau Professor Dr. Birner, der Wissenschaftliche Beirat geht in seiner Stellungnahme davon aus, dass den Bundesländern bei der Ernährungspolitik eine wichtige Rolle zukommt. Unsere Frage dazu lautet: Wie und mit welchen Mitteln kann das geschehen, und gibt es bereits eine gute Praxis in anderen Bundesländern?

Prof.'in Dr. Regina Birner (Universität Konstanz): Vielen Dank für die Frage. Den Bundesländern kommt eine besonders große Rolle zu, weil sie eine wichtige Funktion bei der Kita- und bei der Schulernährung erfüllen.

Wir vom Wissenschaftlichen Beirat für Agrar- und Ernährungspolitik haben in unserem Gutachten „Politik für eine nachhaltigere Ernährung“ mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass der Kita- und Schulverpflegung eine besonders wichtige Rolle zukommt, und wir haben dazu eine Reihe von Empfehlungen abgegeben.

Die Förderung einer möglichst hochwertigen Kita- und Schulernährung und damit die Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung ist ein wichtiges Ziel, zu dem die Länder beitragen können.

Außerdem empfehlen wir eine beitragsfreie Kita- und Schulernährung, weil das eine wichtige Investition in die Zukunft und eine Unterstützung von jungen Familien ist. Dafür gibt es Beispiele. In Berlin ist die Schulverpflegung von der ersten bis zur sechsten Klasse beitragsfrei. In der Stadt Hamburg ist die Kita-Verpflegung bereits seit 2014 kostenfrei. Es gibt auch gute Beispiele aus anderen Ländern. In Schweden und Finnland ist eine kostenfreie Kita- und Schulverpflegung schon seit Jahrzehnten der Standard, weil das ein wichtiger Hebel ist.

Des Weiteren weisen wir in unserem Gutachten auf die Bedeutung der Ernährungs-umgebung hin. Dabei handelt es sich um die Bedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche essen. Die Kita- und Schulverpflegung hängt damit ebenfalls zusammen, und auch da haben die Länder eine wichtige Hebelwirkung, indem sie die Schulen und Kitas bei der Schaffung solcher Ernährungs-umgebungen unterstützen.

Die Ernährungsbildung muss natürlich eng mit der Kita- und Schulverpflegung verknüpft sein. Den Ländern kommt auch hierbei eine Schlüsselrolle zu.

Bei der Schaffung von werbefreien Räumen, in denen es keine Werbung und insbesondere keine Werbung für ungesunde Lebensmittel in Kita und Schulen gibt, ist der Hebel der Länder ebenfalls groß.

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank den Sachverständigen für Ihre Stellungnahmen und die Bereitschaft, uns heute unsere Fragen zu beantworten. Meine Frage richtet sich an den Vertreter der Verbraucherzentrale NRW. Herr Waskow, wo sehen Sie in Nordrhein-Westfalen im Moment die Defizite gerade auch mit Blick auf öffentliche Einrichtungen, und was sind aus Ihrer Sicht konkrete Maßnahmen, die man ergreifen müsste?

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Frank Waskow (Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank für die Frage. Ich möchte mit der Kita- und Schulverpflegung beginnen. Wir haben gerade gehört, wie wichtig eine gesunde Kita- und Schulverpflegung ist. Gleichwohl haben wir mit der Vernetzungsstelle „Kita- und Schulverpflegung“ im Grunde das Problem, dass wir nicht wissen, wo wir genau stehen.

Wenn wir die DGE-Empfehlungen für eine gesunde Kita- und Schulverpflegung heranziehen, dann brauchen wir auch dringend eine Erhebung des Status quo, wo die Kita- und Schulverpflegung im Augenblick überhaupt steht. Viele Schulen und Kitas sagen, sie würden sich an den DGE-Standards orientieren. Wir können jedoch keine fundierte Aussage dazu treffen, was „orientieren“ heißt. Das müsste deshalb wissenschaftlich untersucht werden, weil das auch die Stellschraube für unsere weitere Arbeit und für die Politik hier im Land ist. Das wollte ich zunächst allgemein sagen.

Einer weitere Geschichte ist, wie wir die öffentlichen Einrichtungen insgesamt erreichen. Das geht also über die Kita- und Schulverpflegung hinaus, und ich möchte Ihnen die Breite aufzeigen, mit der wir es zu tun haben.

Wenn Sie die Seniorenheime, die Gefängnisse oder die Rathaukantinen nehmen, dann sind das sehr heterogene Einrichtungen. Alleine bei den Gästen, die zum Beispiel aus einer typischen Steuerverwaltung kommen, werden Sie erkennen, dass das sehr viele Menschen in einem Alter jenseits von 45 Jahren sind, die gewisse Erwartungen an die Verpflegung haben. Ich nenne hier als Stichwort: Die Currywurst sollte schon einmal in der Woche auf dem Speiseplan stehen.

Wir haben aber auch die Studierendenwerke. Dort möchte viele junge Menschen eine vegetarische oder vegane Verpflegung haben. Diesem Druck sind die Studierendenwerke jetzt ausgesetzt. Ich kann Ihnen berichten, dass wir bei einem Studierendenwerk anderthalb Jahre gebraucht haben, um überhaupt auf die Bereitschaft zu stoßen, die Verpflegungsangebote vegetarischer, veganer und insgesamt nachhaltiger zu gestalten. Jetzt, nach anderthalb Jahren, stehen viele hohe Ziele auf dem Papier, und wir treten nun in die Transformations-, in die Veränderungsphase ein. Bis es dann so weit ist, dass wir einigermaßen von einer guten, gesunden und nachhaltigen Ernährung sprechen, und damit meine ich jetzt nicht irgendein Endziel, sondern ein Zwischenziel, gehen also drei Jahre ins Land.

Daran können Sie messen, dass Projekte in diesem Bereich sehr sinnvoll sind, wenn man Leuchttürme, wenn man Beispiele haben will. Allerdings helfen sie uns wenig, wenn wir in die Fläche gehen wollen, weil Sie sehen, wie lange wir brauchen, um überhaupt die entsprechende Überzeugung herbeizuführen.

Natürlich gibt es Einrichtungen, die sagen: Hurra, wir sind schon so weit. Helft uns noch auf dem letzten Meter. – Da ist es natürlich relativ einfach. Man muss aber sagen, dass die Mehrzahl der Einrichtungen sowohl bei den Trägern als auch bei den Küchenleitern zunächst die Grundinformationen brauchen, weil sie grundsätzlich erst einmal skeptisch sind und sagen: Wir bleiben auf der sicheren Seite, indem wir das machen, was wir

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

bisher immer gemacht haben. – Ich habe das jetzt zugespitzt ausgedrückt, und wenn man genauer hinguckt, stimmt das in den Details natürlich nicht mehr.

Bianca Winkelmann (CDU): Ich möchte im Namen der CDU-Fraktion herzlichen Dank sagen, dass Sie sich heute Nachmittag auf den Weg zu uns in den Landtag gemacht haben und uns als Experten bei diesem wichtigen Thema zur Verfügung stehen. Ein Teil unseres Antrags befasst sich mit der Verbesserung des Wissens um unsere Ernährung insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen nach dem Motto: Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Meine erste Frage richtet sich deshalb an die Vertreterin der Landfrauenverbände NRW. Frau Langreck, könnten wir von Ihnen hören, welche Projekte Sie derzeit zur Ernährungsbildung bei Kindern und Jugendlichen betreuen oder auf den Weg gebracht haben?

Cornelia Langreck (Westfälisch-Lippischer LandFrauenverband): Vielen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung. Ich spreche als Präsidentin des Westfälisch-Lippischen Landfrauenverbands sowohl für den Rheinischen als auch für den Westfälisch-Lippischen Landfrauenverband in NRW.

Wir fahren schon seit vielen Jahre Projekte an den Schulen. Das geschieht durch unsere Fachfrauen für Ernährungs- und Verbraucherbildung, die in diesem Bereich ausgebildet sind. Das heißt, diese Frauen haben alle einen hauswirtschaftlichen Hintergrund – Ökotrophologin, Betriebsleiterin, Meisterin – und dazu weitere Fortbildungen, um an die Schulen zu gehen und mit den Kindern zu arbeiten.

Die Landfrauen betreuen sehr verschiedene Projekte. Das ist beispielsweise das Projekt der Landwirtschaftskammer „Burgi – Woher kommt unser Essen?“. Das sind aber auch der aid-Ernährungsführerschein oder das Projekt „Klasse2000“. Bei allen Projekten rund um das EU-Schulprogramm gehören dann auch der Unterricht zum EU-Schulprogramm sowie die Projekte „Frühstücksexperten“ und „Kinder lernen Kochen“ dazu, wo wir wirklich an den Schulen sind und mit den Kindern kochen. Das heißt, wir sind in vielen Projekten an den Schulen unterwegs. Daher sind wir an der Basis, haben Kontakte in die Schulen und werden dort richtig gut aufgenommen, weil wir Fachwissen und eine lange Erfahrung mitbringen.

Wir sehen an den Schulen auch, wie groß der Bedarf an Ernährungsbildung ist. Da findet zu 99 % kaum etwas statt, und die Lehrer empfangen uns mit offenen Armen und freuen sich riesig, wenn wir kommen und mit den Kindern etwas machen. Die Kinder wiederum nehmen das sehr gut auf und sind sehr lernwillig und lernbereit, was diese Themen anbelangt.

Ich denke, da könnte noch viel mehr gehen. Wir könnten uns zum Beispiel vorstellen, im Meinungsbildnerbereich tätig zu werden, um Fachkräfte zu schulen, die das Wissen dann weitergeben. – Wir sind in ganz NRW also schon ganz lange sehr intensiv unterwegs.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Dietmar Brockes (FDP): Ich danke Ihnen seitens der FDP-Fraktion herzlich für Ihre schriftlichen Stellungnahmen, die Sie uns im Vorfeld haben zukommen lassen, und dafür, dass Sie uns heute für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen. Meine erste Frage richtet sich an den Vertreter der AFC Consulting Group. Herr Professor Strecker, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass in dem Antrag viele große Themen angesprochen würden. Was bemängeln Sie daran konkret? – Danke.

Prof. Dr. Otto Strecker (AFC Consulting Group): In dem Antrag werden viele große Ziele angesprochen, die an sich überhaupt nicht infrage zu stellen sind. Darum geht es mir eigentlich auch nicht. Ich frage mich eher, ob man so viel auf einmal erreichen kann. Kann man zum Beispiel das Ziel eines regionalen Absatzes von landwirtschaftlichen Produkten sinnvoll mit den Themen „Lebensmittelverschwendung“ und „Adipositas“ verknüpfen?

In diesem Antrag laufen einfach sehr viele Ziele parallel zueinander. Ich denke, dass es sich lohnen würde, diese Ziele ein wenig auseinanderzuziehen und zu schauen, welche Maßnahmen auf welche Ziele einzahlen. Das war mit dem Hinweis gemeint, dass in dem Antrag sehr viele sehr große Themen stehen, die man zum Teil erst einmal definieren muss.

Wenn man von gesunder Ernährung spricht, muss man im Grunde genommen ein Bild davon haben, was man damit meint. Ist ein bestimmter Ernährungsstil, sind die Inhaltsstoffe von bestimmten Lebensmitteln oder sind deren regionale Herkunft gemeint? Worum geht es da genau? Ich hätte das, wenn ich diesen Antrag geschrieben hätte, ein wenig auseinanderziselieren und geschaut, wo Zusammenhänge von Ursache und Wirkung zwischen diesen Themenkomplexen und den Dingen, die darauf einzahlen, bestehen.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Ich möchte meine Frage ebenfalls gerne an Herrn Professor Strecker richten. Der Absatz in Ihrer Stellungnahme, in dem Sie auf die Klima- und Ernährungsbeiräte ansprechen, ist mir besonders im Gedächtnis geblieben. Dazu schreiben Sie:

„Der dort gestiftete Mehrwert erscheint mir fachlich sehr bescheiden, von der demokratischen Legitimation solcher Gremien einmal ganz abgesehen.“

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie das näher ausführen könnten. – Vielen Dank.

Prof. Dr. Otto Strecker (AFC Consulting Group): Bei dem Begriff „Ernährungsrat“ spricht im Grunde genommen jeder über etwas anderes. Man müsste also erst einmal feststellen, worüber wir genau sprechen.

Im Moment ist wohl am prominentesten der Ernährungsrat, der von der Bundesregierung eingesetzt wird. Das muss man wie ein Marktforschungsgremium, wie eine Fokusgruppe, wie ein Panel verstehen. Mit einer Zufallsauswahl werden 160 Leute bestimmt, die sich dann zu einem bestimmten Thema einbringen. Das ist die erste Option des Ernährungsrats.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Die zweite Option ist: In ganz Deutschland gründen sich Interessengruppen, die sich Ernährungsräte nennen, und die sehr viele gute Projekte auf den Weg bringen. Diese Ernährungsräte kümmern sich um die Ernährungsbildung bzw. um alles, was uns bei der Ernährungsbildung wichtig ist. Häufig liegt der Schwerpunkt dabei auf pflanzlicher Ernährung, auf der Reduktion von Fleisch, auf mehr regionalen Lebensmitteln, auf mehr Bio. Dagegen ist im Prinzip überhaupt nichts einzuwenden. Es handelt sich aber um Interessengruppen, die sich bilden, und diese Interessengruppen sind eigentlich wie jede andere Lobbygruppe zu sehen und zu behandeln.

Dann existiert noch eine dritte Option. In großen Städten wie Köln gibt es von der Politik eingesetzte Gremien, die sich auch Ernährungsräte nennen. Diese Ernährungsräte bestehen zum Teil aus Vertretern von kommunalen Einrichtungen, die sich dann in Projektgruppen zum Beispiel um die Vertreter aus solchen Ernährungsräten ergänzen, die eigentlich Interessengruppen sind. – Man muss also genau auseinanderhalten, worüber man redet und was gemeint ist.

Wenn man die Interessengruppen behandelt, als hätten sie irgendein politisches Mandat, wird es an der Stelle schwierig. Das muss man aber nicht, und das muss auch nicht so sein. Es ist wichtig, präzise zu sein, weil mit dem gleichen Begriff ganz unterschiedliche Dinge mit ganz unterschiedlichen Ansprüchen beschrieben werden. Deshalb lohnt es sich, auseinanderzuhalten und zu fragen: Was meinen wir da?

Wenn sich die Politik wiederum ein Gremium sucht und Leute ausgelost und um ihren Input gebeten werden, um die Debatte insgesamt zu befruchten, würde ich dem überhaupt nicht widersprechen. Das machen in der Marktforschung und in der Meinungsforschung alle, und damit gibt man auch keine parlamentarischen Ansprüche oder Rechte aus der Hand. – Ich glaube, die Redezeit ist längst um, und die Frage ist hoffentlich im Wesentlichen beantwortet.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Nein, die Redezeit war nicht längst um, sondern das war auf den Punkt genau. – Dann gehen wir in die zweite Fragerunde. – Frau Kahle-Hausmann, bitte sehr.

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Danke schön. – Frau Professor Birner, Sie haben eben auf die hochwertige Kita- und Schulverpflegung abgehoben und darüber berichtet. Sie fordern auch eine beitragsfreie Verpflegung. Uns geht es deshalb darum, welche Bedeutung diese Form der Verpflegung für die unterschiedlichen sozialen Gruppen in unserer Gesellschaft hat. Ich komme aus Essen. In meinem Wahlkreis wohnen viele Leute mit wenig Ausbildung und wenig Bildungshintergrund, und der Migrationsanteil ist sehr hoch. Das ist sehr deutlich am Leistungs- und am Ernährungsstand der Kinder zu merken. Könnten Sie dazu etwas sagen?

Prof.'in Dr. Regina Birner (Universität Konstanz): Vielen Dank für diese wichtige Frage. Wir haben kürzlich in einem Gutachten zur Ernährungsarmut darauf hingewiesen, dass gerade für die Gruppen, die Sie beschreiben – Menschen mit einem geringem

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Einkommen oder Menschen, die armutsgefährdet sind –, eine gesunde und hochwertige Kita- und Schulernährung eine besonders große Rolle spielt, weil das auch ein Sicherheitsnetz für diese Gruppen ist.

Wir müssen anerkennen, dass im Hinblick auf das Thema „Ernährung“ eine große soziale Ungleichheit besteht. Aus statistisch repräsentativen Studien geht hervor, dass das Problem von Übergewicht und Adipositas in den unteren sozioökonomischen Gruppen wesentlich häufiger als in den anderen Statusgruppen auftritt. Die betroffenen Kinder haben dadurch einen Nachteil, der sich eigentlich ihr ganzes Leben lang auswirkt. Da muss man als Gesellschaft gegensteuern, und dabei spielen die Kita- und die Schulernährung eine große Rolle.

Unsere Empfehlung als Wissenschaftlicher Beirat für Agrar- und Ernährungspolitik ist, dass die Kita- und Schulernährung für alle beitragsfrei sein sollte. Darüber haben wir auch sehr lange diskutiert, weil das natürlich mit Kosten verbunden ist. Gleichwohl ist das eine wichtige Investition in die Zukunft. Denn es lässt sich wissenschaftlich nachweisen, dass man später im Gesundheitssystem weniger negativen Folgen und damit auch wirtschaftliche Vorteile hat, wenn man in die Gesundheit investiert.

Darüber hinaus ist eine Beitragsfreiheit aus sozialen Gründen sehr wichtig, um keine Stigmatisierung oder Diskriminierung herbeizuführen. Es lässt sich zeigen, dass mit einer kostenlosen Kita- und Schulverpflegung eine größere Teilnahme aller gesellschaftlichen Gruppen erreicht wird und dadurch die soziale Funktion von Ernährung, auf die wir in unserem Gutachten auch hinweisen, gefördert werden kann.

Wir halten eine kostenlose Kita- und Schulverpflegung deshalb in Verbindung mit den anderen genannten Maßnahmen wie der Schaffung einer guten Ernährungsumgebung und der Koppelung mit der Ernährungsbildung für eine sehr wichtige Maßnahme, und zwar insbesondere, wenn wir die soziale Dimension der Ernährung betrachten.

Außerdem haben wir in dem Gutachten auf die Big Four, also auf die vier wesentlichen Dimensionen einer nachhaltiger Ernährung hingewiesen. Das heißt, eine nachhaltige Ernährung muss umwelt- und klimagerecht sein, sie muss die soziale Dimension erfüllen, sie muss die Kriterien an das Tierwohl erfüllen, und sie muss natürlich die Gesundheitsförderung umfassen. Wenn Bundesländer eine Ernährungsstrategie entwickeln, was wir aus Sicht des Beirats als sehr wichtig erachten, empfehlen wir, diese vier Dimensionen im Blick zu haben.

Norwich Rübe (GRÜNE): Ich möchte gerne an die Diskussion zu den Ernährungsräten anschließen und dieses Feld in Richtung einer Mitbestimmung, was wir essen, ausweiten, das heißt, inwieweit wir Ernährung demokratisieren müssen. Meine Kollegin hat mir eben am Rande erzählt, dass Eltern in einer Kita einmal Probe gegessen hätten, um zu wissen, was ihre Kinder essen würden. So etwas passiert sicherlich nicht so oft. Inwieweit ist es erforderlich, dass wir als Kunden mitbestimmen, um eine gesunde Ernährung umzusetzen, und wie könnte man das machen? Diese Frage richtet sich an den Vertreter der Verbraucherzentrale.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Frank Waskow (Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen): Ich habe mich lange mit der Ernährungspolitik in Deutschland auch als Wissenschaftler beschäftigt, und wenn man in die Historie blickt, muss man einfach feststellen, dass es auf der kommunalen Ebene relativ wenig praktische Ernährungsverantwortung gibt. Natürlich sind die Kommunen für die Kitas und Schulen zuständig. Man könnte aber viel mehr tun. Das beginnt dabei, wie ein Wochenmarkt ausgeschrieben wird. Wer darf dort seine Waren verkaufen? Wo kommen die Waren her? Wie sind die Waren zu bewerten? Wie werden Gewerbeflächen organisiert? All das hat am Ende des Tages auch mit Ernährungsverantwortung zu tun.

Es sein mag, dass Ernährungsräte in den Kommunen keine offizielle Legitimation im Sinne eines Rates haben. Allerdings erfüllen sie die wichtige Funktion, den Kommunen Anreize zu setzen, anzustupsen und zu fordern. Wir stellen fest, dass viele Kommunen darauf reagieren und sich auf einmal mit Themen beschäftigen, an die wir vor zehn Jahren überhaupt nicht gedacht hätten. Ich nenne in diesem Kontext nur urbane Gärten oder die Finanzierung von Ernährungsräten.

Die Menschen leben in Kommunen, und es ist sehr wichtig, eine Schnittstelle zu schaffen, damit die Bürger Ansprechpartner haben. Mit den Ernährungsräten haben sie solche Ansprechpartner. Dass dieses Angebot nicht alle nutzen, ist klar; das kennen wir, auch bei Wahlen wählt nicht jeder. Diejenigen, die jedoch ein Interesse haben, werden sich dahin wenden.

Zudem führt es aus meiner Sicht zu einer Einstellungsänderung, wenn die Ernährung auch auf der kommunalen Ebene zum Thema gemacht wird und man die Erfolge sehen kann. Gucken Sie sich zum Beispiel das Projekt „Essbare Stadt“ in der Stadt Köln an. Das ist ein sehr schönes und vorbildliches Projekt. Schauen Sie sich das Projekt „regionale Versorgung von Kitas in Köln“ an; ich kenne das aus eigener Anschauung. Das sind Leuchttürme, von denen andere lernen können, was auch passiert.

Die Ernährungsräte erfüllen eine absolut wichtige Funktion, und für mich steht das Kriterium der Legitimität, das Herr Professor Strecker angesprochen hat, nicht auf dem ersten Rang. Man kann das doch eine Interessensgruppe sein lassen.

Markus Höner (CDU): Frau Langreck, Sie haben ausgeführt, was der Landfrauenverband bereits macht. Wir sind mit dem Antrag zu einer Ernährungsstrategie unterwegs, weil wir auch ein Stück weit etwas verbessern und entwickeln wollen. Wo sehen Sie eine Möglichkeit, dass wir die Ernährungsbildung noch verbessern, und wo könnte die Rolle der Landfrauen hier sein?

Cornelia Langreck (Westfälisch-Lippischer LandFrauenverband): Danke schön für diese wichtige Frage. Die Ernährungsbildung ist für uns der allerwichtigste Baustein, bei dem wir ansetzen müssen. Wir müssen den Kindern und Jugendlichen vermitteln, was Lebensmittel sind. Woher kommen die Lebensmittel, und wie werden sie erzeugt? Wie gehe ich mit den Grundlebensmitteln um? Was kann ich daraus machen;

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

wie verarbeite ich sie? Das ist für uns die Grundlage, die zu mehr Wertschätzung für Lebensmittel führen kann.

Das zieht wiederum nach sich, dass nachhaltiger mit Lebensmitteln umgegangen wird und zum Beispiel eine Lebensmittelverschwendung vermieden werden kann. Gleichwohl kann das auch mehr Wertschätzung für unsere Landwirtschaft bedeuten. Darum sagen wir, dass das der wichtigste Baustein ist, wo wir ansetzen müssen.

Wir haben nicht genug Landfrauen, um alle in die Schulen zu schicken. Wir sind zwar ein großer Verband, aber wenige von uns haben tatsächlich noch diesen hauswirtschaftlichen Hintergrund, diesen Ernährungshintergrund, und können dazu etwas sagen. Allerdings haben wir ein großes Netzwerk.

2007 wurde eine Rahmenvereinbarung zwischen dem damaligen Ministerium für Schule und Weiterbildung, dem damaligen Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration, dem damaligen Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Landfrauenverbänden in NRW geschlossen. Diese Rahmenvereinbarung ist die Grundlage für unsere Arbeit an den Schulen, weil sie besagt, dass eine fachliche Kompetenz dahinter sein sollte. Aufgrund dieser Rahmenvereinbarung wurden dann die Projekte, die ich beschrieben habe, aufgebaut.

Die Frauen, die in diesem Bereich ausgebildet und aufgrund ihrer Fachkompetenz weiter geschult wurden, sind durchaus noch da. Sie sind im ganzen Land verteilt, und sie sind im Landfrauenservice vernetzt, der dafür sorgt, dass Anfragen beantwortet und die Frauen zum Beispiel für die Landesvereinigung der Milchwirtschaft, aber auch für das Burgi-Projekt an die Schulen geschickt werden. Da laufen die Fäden also zusammen, und da sind die Kompetenzen.

Wir könnten uns vorstellen, diese Frauen erneut zu schulen bzw. auszubilden und sie in Meinungsbildnerfortbildungen einzusetzen. Dann wäre es möglich zu sagen, wir unterstützen zum Beispiel die Ernährungsräte, aber wir könnten auch Lehrerfortbildungen in Kooperation mit Volkshochschulen, mit Landvolkshochschulen oder vielleicht auch mit anderen Verbänden machen. Es gibt sicherlich viele Möglichkeiten, wo man sagen kann, dass wir überall in Nordrhein-Westfalen kompetente Fachfrauen haben, die wir vor Ort einsetzen könnten.

Dietmar Brockes (FDP): Ich würde gerne Herrn Müller vom Landkreistag in die Diskussion einbinden. Herr Müller, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass eine Setzung verbindlicher Standards für Schul- und Kita-Mensen auch perspektivisch nicht erfolgen sollte. Könnten Sie das bitte erläutern? – Danke.

Christian Müller (Landkreistag Nordrhein-Westfalen [per Video zugeschaltet]): Einen schönen guten Tag in die Runde! Ich bin bei uns im Landkreistag für den Bereich „Schule, Kultur, Sport und Gesundheit“ zuständig. Das heißt, in meiner Brust schlagen zwei Herzen.

Die Kollegin vom Städtetag, Frau Balbo, die bei Ihnen in Präsenz anwesend ist, und ich stimmen natürlich hinsichtlich der Zielsetzung überein, dass wir für die Kinder in

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

den Schulen und in den Kitas eine gute Ernährung brauchen. Das ist absolut wichtig. Die Frage ist jedoch immer, wie wir das erreichen.

Ich finde den Ansatz des Antrags gut, dass man sich Modellkantinen und Modellprojekte vornimmt. Wie kommen wir aber von dem Modell in die Ausübung, und was bedeutet das vor Ort? Wenn wir beispielsweise Frischküchen haben wollen, ist bei den Schulträgern natürlich immer das Thema, dass die Räumlichkeiten dafür vorhanden sein müssen, denn es muss es dann Kühlräume, Vorbereitungsräume usw. geben, und das muss hygienisch sein.

Ich habe in meiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass es aktuell auch durch die Unterbringung neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler durchaus Engpässe bei den Räumlichkeiten gibt. Der Landkreistag und die kommunalen Spitzenverbände sind deshalb bei Standardsetzungen grundsätzlich vorsichtig. Natürlich muss es beim Schulessen aber Orientierungspunkte geben, indem wir fragen, was wir eigentlich wollen. Was wäre eine Ernährung, die unsere Kinder in den Schulen bekommen sollen? Da muss man dann schauen, was möglich ist. Ich habe jetzt primär von den Schulen gesprochen, aber das bezieht sich natürlich auch auf die Kitas.

Die Setzung verbindlicher Standards ist jedoch, wie gesagt, mit Vorsicht zu genießen. Nichtsdestoweniger ist es gut, Modellprojekte zu haben, anhand derer man nachher sehen kann: Das wäre etwas, das wir anstreben können.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Herr Professor Strecker, Sie beschreiben in Ihrer Stellungnahme die weitergehenden Probleme in Bezug auf Adipositas und sprechen in diesem Zusammenhang die in Teilen fehlende Integration an. Wenn ich Ihre Stellungnahme lese, fühle ich mich ein wenig an meinen Wahlkreis in Gelsenkirchen erinnert. Mich interessiert deshalb, wenn Sie gezielt von zielgruppenspezifischen Maßnahmen schreiben, die Sie anwenden würden, was Sie damit genau meinen. Könnten Sie das ein wenig näher ausführen? – Vielen Dank.

Prof. Dr. Otto Strecker (AFC Consulting Group): Die zielgruppenspezifischen Maßnahmen beziehen sich auf die Studie, die ich in meiner Stellungnahme abgebildet habe. Diese Studie ist ein paar Jahre alt, und sie ist aus Stuttgart. Allerdings hat diese Studie eine sehr hohe Fallzahl; ich glaube damals wurden 15.000 Kinder mit ihren Einschulungsuntersuchungen begutachtet.

Man hat dann festgestellt, dass Adipositas bei den Kindern nicht in erster Linie eine Frage des Bildungsgefälles ist, was wir normalerweise eigentlich immer unterstellen, sondern dass ein ganz starker Zusammenhang mit bestimmten Heimatssprachen besteht, die in der Familie gesprochen werden. Dabei wurden bestimmte Provenienzen ausgemacht. Wenn die Heimatsprache, die vor der Einschulung überwiegend zu Hause gesprochen wurde, türkisch, italienisch oder griechisch war, gab es eine sehr starke Prävalenz in Sachen „Adipositas“. Bei Heimatssprachen wie russisch, englisch, französisch oder deutsch, die zu Hause gesprochen wurden, war das hingegen nicht

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

der Fall. Es ist ein wenig unangenehm, über solche Dinge zu sprechen, aber das gehört zur Wahrheitsfindung natürlich dazu, wenn man über diesen Themenkomplex spricht.

Das ist vielleicht auch in anderen Zusammenhängen interessant, wenn es um die Sprache geht, und ich denke, dass man überlegen muss, was das ist. Da muss einfach weiter geforscht werden. Ich weiß auch nicht, ob das eine soziokulturelle Prägung ist, oder ob das daran liegt, zu welchen Uhrzeiten gegessen wird. Da gehört genauer hingeschaut, um zielgruppengerecht darauf reagieren und vielleicht in die entsprechenden Stadtteile gehen zu können.

Wer in die Zahlen blickt erkennt, dass es auch bei den deutschsprachigen Familien keinen so großen Unterschied zwischen den sogenannten guten und den schlechten Stadtteilen gibt. Das wäre so die typische Erwartung, mit der wir da eigentlich herangehen. Das zeigt sich in der Form aber, wie gesagt, gar nicht so ausgeprägt, sondern es ist ganz stark ein sprachlicher, kultureller oder was auch immer für ein Hintergrund.

Die Zahlen sprechen also sehr stark für sich und machen es aus meiner Sicht erforderlich, genauer hinzugucken und die Ursache genauer zu erforschen, um zielgruppenspezifisch den türkischen, griechischen und italienischen Migrantenfamilien bzw. den Migrantenfamilien generell, die in besonderem Maße betroffen sind, zu helfen. Das ist mit zielgruppenspezifisch in diesem Zusammenhang gemeint. Ich weiß, dass keiner gerne darüber spricht, dass es Unterschiede zwischen nationalen oder sprachlichen Gruppen gibt, aber das ist die Studienlage.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Dann eröffne ich die dritte Fragerunde. Frau Butschkau, bitte sehr.

Anja Butschkau (SPD): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. – Meine Frage richtet sich an den Vertreter der Verbraucherzentrale. Ich möchte auf die Forderung zurückkommen, Lebensmittel mehr wertzuschätzen. Zu einer erhöhten Wertschätzung von Lebensmitteln gehört mit Sicherheit, Lebensmittelabfälle zu vermeiden. Wir wissen auch alle, dass es am naheliegendsten ist, weniger Lebensmittel einzukaufen, sodass kein Abfall produziert wird.

Wenn es doch dazu kommt, dass Lebensmittel im Übermaß vorhanden sind und Lebensmittelabfälle produziert werden, gibt es aber durchaus ehrenamtliche Initiativen wie die Foodsaver, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Lebensmittel abzuholen und zu verteilen. Dabei geht es in erster Linie gar nicht um die Bedürftigkeit wie bei den Tafeln, sondern es geht generell darum, Lebensmittel mehr wertzuschätzen und sie, wie der Name schon sagt, zu retten. Haben Sie Ideen oder Vorstellungen, wie man solche Initiativen besser fördern könnte?

Frank Waskow (Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen): Danke für die Frage. Wir haben mit Foodsharing intensive Gespräche geführt, und ein großes Problem für Foodsharing ist, dass sie von den Lebensmittelüberwachungsbehörden sehr unterschied-

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

lich eingeordnet werden, was zum Beispiel Hygienefragen anbelangt. Es gibt zum Beispiel Städte – ich nenne jetzt bewusst keine Namen – in denen ein Fairteiler stehen kann. Dieser Fairteiler ist ein Verteiler, an dem man überschüssige Lebensmittel abgeben kann, die andere Bürger mitnehmen können, oder es werden dort von Unternehmen, Bäckereien oder anderen Geschäften Lebensmittel zur kostenfreien Mitnahme angeboten. In anderen Städten ist die Aufstellung eines solchen Schrankes hingegen nicht möglich.

Aus unserer Sicht bedarf es hier der Herstellung von Rechtsgleichheit. Im Übrigen ist das nicht nur in NRW, sondern bundesweit so. In einigen Berliner Bezirken gibt es zum Beispiel sehr strikte Vorgaben und in anderen nicht.

Ein weiteres Problem sehe ich darin, dass in vielen Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen, in der Gastronomie bzw. überall dort, wo Essen hergestellt wird, übermäßig viel aus Sicherheitsdenken weggeworfen wird nach dem Motto: Eigentlich darf ich nichts weitergeben. – Da hat man dann schon Brötchen mit Spuckschutz, die aber trotzdem weggeworfen werden, obwohl man sie sehr gut weitergeben könnte, weil sie keine Berührung mit den Gästen hatten.

Ich denke, dass es hier insgesamt einer Schulung der Gemeinschaftsverpfleger und der Gastronomie bedarf. Darüber hinaus könnte möglicherweise die Lebensmittelüberwachung, die auch ein Stück weit berät, eine gewisse Funktion einnehmen und darauf hinweisen, was möglich ist und was nicht.

Es wäre gut, die Hygieneregeln im Hinblick auf die Lebensmittelverschwendung auf den Prüfstand zu stellen – wir haben das bereits vor zehn Jahren gefordert –, damit es klare Leitlinien gibt, was man noch weitergeben kann und was nicht. Jetzt gibt es immer die Geschichte: Alles, was auf dem Buffet war, darf nicht weitergegeben werden. Alles, was in der Küche war, kann weitergegeben werden, wenn es direkt und gut gekühlt wurde. Allerdings gibt es in dieser Hinsicht in NRW, aber auch bundesweit keine klaren einheitlichen Regeln.

Wir würden uns einheitliche Regeln wünschen. Damit würden wir auch die entsprechenden Organisationen stärken, die übrigens nicht nur aus Foodsharing bestehen, weil es Hunderte von Organisationen gibt, die sich in diesem Bereich engagieren.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Herr Waskow, Sie haben in Ihrer Stellungnahme vom Fachkräftemangel geschrieben. Damit geht auch das Problem der Logistik einher, was die Verarbeitung der von den Landwirten produzierten Lebensmittel und die Zurverfügungstellung der gewünschten Mengen anbelangt. Dieses Problem betrifft nicht nur die öffentliche Verpflegung, sondern zum Beispiel auch die privaten Caterer, die sich ebenfalls fragen, wie sie die Mengen im Rahmen einer vernünftigen Logistik verlässlich und zum Beispiel manchmal auch vorgeschält zugeliefert bekommen, um die Produkte dann verarbeiten zu können und die für uns bei einer Ernährungsstrategie wichtigen Kriterien wie saisonal und regional umzusetzen.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Welche Ideen und Positionen hat die Verbraucherzentrale diesbezüglich, und wo sehen Sie die größten Knackpunkte, die die Politik umschiffen oder angehen muss, um hier voranzukommen? – Vielen Dank.

Frank Waskow (Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen): Im Grunde genommen handelt es sich um das Problem mit der Überschrift „Wertschöpfungsketten wiederherstellen“. Wir haben in vielen Regionen in NRW sehr lückenhafte Wertschöpfungsketten. Das liegt unter anderem daran, dass wir in vielen Regionen keine Molkereien, keine Schlachtstätten und keine Verarbeitungsmöglichkeiten mehr haben. Es beginnt bereits mit dem banalen Problem, wer einem die Kartoffeln schält, wenn man als Gemeinschaftsverpfleger geschälte Kartoffeln benötigt, denn um das leisten zu können, ist eine Investition von mindestens 100.000 Euro erforderlich. Dieses Geld fällt aber nicht vom Himmel, und kein Landwirt wird morgen sagen, dass er sich eine Maschine für 100.000 € für einen unsicheren Markt hinstellt.

Ich leite daraus ab, dass es eine Aufgabe der Politik sein könnte, hier Anstöße zu geben, was jetzt auch passiert. Hinsichtlich der Ökowertschöpfungsketten gibt es die Modellregionen, in denen das beispielhaft stattfinden soll. Ich würde mir Anstöße auch für die konventionelle Landwirtschaft wünschen, weil es in vielen Regionen gar nicht genügend Ökobauern gibt und sich dort ebenfalls die Frage stellt, wie eine Schule oder eine Kantine der Stadtverwaltung dahin kommen kann, mehr regionale Lebensmittel anzubieten. Das ist die eine Geschichte.

Die andere Geschichte ist: Wir haben in NRW einen niedrigen Selbstversorgungsgrad an Obst und Gemüse. Daran müsste man arbeiten, weil die Grundlagen dafür überhaupt nicht geschaffen sind. Das heißt, dass sich auch die Landwirtschaft neu orientieren müsste. Es ist klar, dass das schwierig ist, denn wer heute Schweine hält, wird morgen keine Obstbäume haben.

Dennoch muss darüber nachgedacht werden, wie man ein Stück weit dahin kommt, diese Wertschöpfungsketten und den regionalen Anbau zu stärken. Wir haben gesehen, was der Krieg gegen die Ukraine anrichten kann. Resilienz in der Landwirtschaft und in der Ernährungskette ist absolut wichtig und auch für uns ein wichtiges Thema. Außerdem wollen die Verbraucher*innen regionale Lebensmittel natürlich nicht nur zu Hause, sondern auch gerne in der Gemeinschaftsverpflegung.

Bianca Winkelmann (CDU): Frau Balbo, Sie haben keine schriftliche Stellungnahme abgegeben. Deshalb würde ich meine Frage einfach offen formulieren. Wie stehen Sie zu unserem Antrag und zu dessen Inhalten? Herr Müller hat vorhin schon einiges ausgeführt. Wir interessieren uns aber auch sehr für Ihre Meinung.

Alice Balbo (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Ich danke für die Frage. Ich würde sagen, dass die Städte diesen Antrag sehr begrüßen. Eine Ernährungsstrategie in NRW ist auf jeden Fall gut und erfreulich. Aus der Perspektive der Städte ist es jedoch wichtig, dass das nicht nur eine Strategie bleibt, denn bei Strategien ist oft das Problem, dass

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

die Ziele vorhanden sind und etwas erarbeitet wird, aber es in der Umsetzung schwierig wird.

Das Thema „Ernährung“ hat in der Umsetzung sehr viele Berührungspunkte zu den Kommunen, die dieses Thema umsetzen, und eine nachhaltige Ernährung ist in den Städten ein Querschnittsthema. Das heißt, es betrifft den Schul- und den Kitabereich, den Umwelt-, den Nachhaltigkeits-, den Gesundheits- und den Sozialbereich. Die Kommunen und die Städte können bei dem Vorhaben einer Ernährungsstrategie auf jeden Fall ein Partner sein, und wir stehen von Anfang an zur Verfügung, um die entsprechenden Parameter zu bestimmen, weil die Umsetzung uns betreffen wird.

Uns ist wichtig, zu betonen, dass es viele Modellprojekte gibt. In verschiedenen Kommunen gibt es auch Ausstellungen zu den Themen „Ernährung“ und „nachhaltige Ernährung“. Die Realität ist aber, dass das Thema „Ernährung“ nur in wenigen Städten mit Personalressourcen unterfüttert ist. Für die Kommunen ist das eine große Herausforderung, weil es derzeit generell schwierig ist, Personal zu bekommen. Darüber hinaus wird das Thema „Ernährung“ sehr oft im Umweltbereich, im Nachhaltigkeitsbereich und ab und zu in der Abfallwirtschaft angesiedelt, und es ist manchmal nicht leicht, die entsprechenden Themen alle unterzubringen.

Wir würden uns eine Transfer- oder Beratungsstelle wünschen, die diejenigen Kommunen unterstützt, die für dieses Thema kein Personal haben. Zudem sollte das Wissen der Vorreiterkommunen und der Vorreiterstädte zur Verfügung gestellt werden, damit die kleineren Kommunen davon profitieren können. – Danke.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Professor Strecker, welche Möglichkeiten sehen Sie, im Rahmen einer Ernährungsstrategie Gesundheit, Landwirtschaft und Umwelt gleichermaßen zu berücksichtigen?

Prof. Dr. Otto Strecker (AFC Consulting Group): Ich möchte dazu aufgreifen, was gerade gesagt wurde, nämlich das Nutzbarmachen von dem, was es in bestimmten Regionen schon gibt. Es tut absolut Not, auszuwerten und zu evaluieren, welche Erfahrungen bereits gemacht wurden, um dann darauf aufzusetzen und zu gucken, was der Gap ist. Wir kennen den Status quo in vielen Bereichen gar nicht. Wir wissen auch nicht, was mit einzelnen Initiativen in bestimmten Städten erreicht wurde. Auf das Beispiel des Kartoffelschalens bin ich auch gestoßen, als wir einen Klimarat bei der Frage beraten haben, wie sich diese Ketten regional besser schließen lassen. Das sind typische Lücken, die es da gibt.

Wie lassen sich die unterschiedlichen Ziele miteinander versöhnen? Das ist tatsächlich schwierig, weil die Ziele oftmals nicht richtig definiert sind oder man sich zu viel auf einmal vornimmt. Mein erster Rat wäre daher, die Ziele ein wenig zu sortieren.

Eine gesunde Ernährung, den CO₂-Fußabdruck senken, Adipositas entgegenwirken, fairer Handel – das alles ist zum Beispiel in den Checklisten bei den Vernetzungsstellen für die Kitas enthalten. Da muss es Fair Trade, möglichst wenig Fleisch und dieses

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

und jenes sein. Das sind aber viel zu viele Ziele, die auf einmal in Übereinstimmung gebracht werden sollen. Meine Botschaft wäre daher, das Zielniveau abzusenken und sich auf bestimmte Ziele zu konzentrieren, die man dann auch erreichen kann, weil sich alles auf einmal eben nicht erreichen lässt.

Es gibt sehr viele gute Initiativen zum Thema „Lebensmittelverschwendung“. Außerdem gibt es inzwischen künstliche Intelligenz, die man hier nutzen kann, und es gibt tolle Start-ups in dem Bereich. Ich selbst habe gerade erst einen Start-up-Wettbewerb veranstaltet, bei dem das kleine Start-up „foodforecast“ den Publikumspreis gewonnen hat. Foodforecast macht Prognosemodelle für Bäckereien, indem aus der Vergangenheit gelernt wird. Wenn zum Beispiel im letzten Jahr der 15. Mai ein Dienstag, am Montag dieses Wetter, der nächste Feiertag soundso weit weg war und so viele Zimtschnecken und etwas weniger von den Kaiserbrötchen verkauft wurden, dann kann dieses Modell eine bessere Vorhersage als die Bäckerfrau selbst treffen. Das führt dazu, dass von vornherein weniger produziert und damit hinterher weniger weggeworfen wird. So etwas gibt es zum Beispiel für Handwerksbetriebe oder die Industrie.

Was die Verbraucher anbelangt, ist natürlich ganz viel zu tun. Das beginnt bereits mit der Ernährungsbildung im Kindergarten. Lege ich mir nur so viel auf den Teller und mache nur so viel auf, wie ich hinterher essen kann und wie viel für mich verträglich ist?

Man muss aber auch sagen, dass es viele konkurrierende Ziele gibt, die sich nicht in Übereinstimmung bringen lassen. Ein Beispiel sind kleine Verpackungen, um nicht so viel wegzuerwerfen. Gleichzeitig möchte man aber nicht so viele Verpackungen haben. Solche Dilemmata kann man nicht alle auflösen.

Es ist wichtig, die Ziele zu sortieren und in kleine verdauliche Häppchen zu zerlegen, die sich erreichen lassen. Dieser Antrag will aber sehr, sehr viel auf einmal. Das muss man wissen, und das ist die Herausforderung dabei.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Herr Müller, Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme davon, dass die im vorliegenden Antrag ausgestaltete Ernährungsstrategie mit erheblichen baulichen Maßnahmen verbunden sei. Das haben Sie auch vorhin bereits ein wenig angerissen. Könnten Sie dazu bitte etwas intensiver ausführen? Ich bin mir sicher, dass der Landkreistag darauf mit einem kritischen Auge blickt. – Vielen Dank.

Christian Müller (Landkreistag Nordrhein-Westfalen [per Video zugeschaltet]): Wir als Spitzenverband sind im Grunde genommen immer diejenigen, die mit den Kreisen direkt kommunizieren, und die sich da auch ein wenig die Anregungen holen. Deshalb sind wir natürlich sehr nah dran. Eigentlich ist es folgendermaßen – ich habe es eben schon einmal angesprochen –: Es bedarf insbesondere für die Zubereitung, aber auch für die Lagerung von Lebensmitteln der entsprechenden Räumlichkeiten. In meiner Schule damals gab es noch keinen Ganztags und dennoch waren alle Räume belegt. Vor Kurzem habe ich auf der Internetseite der Schule gesehen, dass es jetzt Verpflegungskonzepte gibt. Da wurde also schon angebaut. Ich komme aber auch aus einer Stadt, wo genug Platz war, um die Gebäude zu erweitern.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Ich habe schon darauf hingewiesen, und wir haben auch in unserer Stellungnahme zum Thema „Gute Schule 2030“ dargelegt, dass es einfach darum geht, dass viele Schulen diese Möglichkeit nicht haben. Da ist immer die Frage, was möglich ist. Wir nehmen in den Kommunen natürlich den Wunsch wahr, diesbezüglich zu investieren und zu erweitern. Manchmal scheitert es aber am Geld, und manchmal scheitert es am Platz; die Gründe sind sehr mannigfaltig.

Aktuell gibt es sehr intensive Bemühungen, neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, damit sie die Möglichkeit haben, integriert zu werden. Das ist eine ganz tolle Sache, und da wird viel gemacht. Allerdings geht damit sehr viel zusätzlicher Raumbedarf einher. Dann kommt noch der Ganztags dazu. Das heißt, auch dafür braucht es mehr Räumlichkeiten.

Da war einfach nur ein wenig vor die Klammer gezogen: Das ist eine gute Idee. Nichtsdestoweniger braucht es Zeit, wenn wir an drei unterschiedlichen Punkten mehr Raum benötigen. Deshalb sagen wir – wobei ich jetzt nicht auf der Setzung verbindlicher Standards herumreiten will –, dass wir alles, was als Beispiel dienen kann, sehr gern heranziehen, aber immer auch ein Erwartungsmanagement betrieben werden muss, denn alles kann nur entsprechend der vorhandenen Ressourcen vorangebracht werden. – Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Müller. – Ich eröffne jetzt die vierte Fragerunde. Frau Blask, bitte.

Inge Blask (SPD): Meine Frage richtet sich an den Vertreter der Verbraucherzentrale. Ich erinnere mich sehr gut, als wir in unserer Stadt das Thema „Ernährung an Schulen und Kitas“ eingeführt haben. Ich weiß auch, dass manche Schulleitungen hier überfordert sind, weil sie das sozusagen noch on top an der Schule regeln müssen, und die Verwaltung an der Stelle wenig Personal hat.

Herr Waskow, Sie legen in Ihrer Stellungnahme dar, dass man bei so einer Konzeption alle Beteiligten an einen Tisch holen und die Maßnahmen planen sollte. Außerdem empfehlen Sie, qualifizierte Verpflegungsbeauftragte auf der Quartiers- und Stadtteilbene einzusetzen. Ich denke, das ist noch einmal ein neuer Ansatz. Haben Sie bereits Erfahrungen aus anderen Städten und Ländern, wie und mit welchen Mitteln man das machen kann?

Frank Waskow (Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen): Es gibt tatsächlich ein paar Kommunen, die hier Vorreiter sind. Es gibt zum Beispiel in Münster Stellen, die sich damit beschäftigen, wobei das jetzt keine Verpflegungsbeauftragte in dem Sinne sind. Wenn Sie jedoch viele Akteure an einem Tisch haben, wie das bei der Kita- und der Schulverpflegung der Fall ist, dann brauchen Sie jemanden, der die Fäden zusammenhält.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Am Ende des Tages ist bei öffentlichen Einrichtungen zumindest was die Schulen anbelangt, immer auch die Vergabe und die Ausschreibung ein Thema. Das Problem ist jedoch, dass die diesbezüglichen Kenntnisse in den meisten Kommunen bescheiden sind, um das einmal so auszudrücken. Das liegt auch daran, dass es meistens keine festen Zuständigkeiten für die Vergabe oder für die Ausschreibung von Kita- und Schulverpflegung, aber auch für eine andere Verpflegung – wir reden ja nicht nur über die Kita- und die Schulverpflegung – gibt.

Es wäre sinnvoll, wenn jemand dauerhaft dafür zuständig wäre, das zusammenzubinden und die Meinungen aus den Schulen einzuholen. Diese Person müsste auch die Bedürfnisse kennen, weil das die Grundlage für die Ausschreibung ist.

Darüber hinaus wäre das die Schnittstelle dafür, was in der Stadt passiert. Ich sehe in vielen Städten Ratsbeschlüsse: Wir wollen mehr Klimaschutz. Wir wollen die Verpflegung verbessern. Wir wollen 90 % Bio. Das hat auch die Stadt Köln im Klimarat beschlossen. Es passiert aber nichts, weil es niemanden gibt, der das umsetzt. Natürlich gibt es ein Beschaffungsamt. Dieses Amt muss aber nicht nur die Verpflegung, sondern alles Mögliche beschaffen.

Wir würden uns wünschen, dass an solchen Stellen Menschen sitzen, die sich ausschließlich mit dem Thema „Verpflegung“ beschäftigen. Das ließe sich auch rechtfertigen, weil die Städte und die Kommunen vielfältige eigene Einrichtungen betreiben, die im Grunde genommen alle gebündelt werden könnten. Dadurch ergäben sich möglicherweise auch Synergien, die sich auf der Kostenseite niederschlagen könnten.

Ich sehe hier sehr viel Potenzial und würde dafür plädieren, das als Pilot mit verschiedenen Modifikationen zu versuchen und das wissenschaftlich zu begleiten und auszuwerten, denn möglicherweise könnte das ein Modell für viele – ich will jetzt nicht sagen: für alle – Kommunen sein.

Meral Thoms (GRÜNE): Herr Waskow, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass ein großer Teil der Gemeinschaftsverpflegung, zum Beispiel die Kita- und die Schulverpflegung, durch Fremdbewirtschaftung geprägt sei und die Beschaffung eine wichtige Schlüsselfunktion habe. Außerdem sei bei den Personen, die für die Beschaffung zuständig seien, häufig keine ausreichende Expertise in Bezug auf eine nachhaltige Ernährung vorhanden. Könnten Sie beschreiben, welche Defizite bzw. Wissensdefizite Sie diesbezüglich erleben, und welche Handlungsmöglichkeiten oder Empfehlungen würden Sie geben, um die Beschaffung zu optimieren?

Frank Waskow (Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen): Ihre Frage knüpft direkt an die Vorfrage an. Im Grunde genommen ist es so, dass es in vielen Kommunen keine feste Zuständigkeit für das Thema „Verpflegung“ gibt. Oftmals ist es auch so, dass zum Beispiel für die Schule Y die Verpflegung ausgeschrieben werden muss, und dann macht das vielleicht irgendjemand sogar zum ersten Mal. Baustoffe oder eine Schulverpflegung auszuschreiben, ist aber nicht das Gleiche, denn die Ausschreibung der Schulverpflegung ist deutlich komplexer.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Es fehlt einfach die Spezialisierung und die Fundierung. Dort sitzen keine eben Experten, die sich mit dem Thema „Verpflegung“ auskennen. Es bedarf jedoch Experten, weil der Markt sondiert werden muss. Welche Caterer und welche Pächter gibt es? Ist es eine Küche, die selbst kocht, und welche Möglichkeiten hat diese Küche? Welche Wünsche haben die Eltern und die Kinder? Um das aufzunehmen, um am Ende des Tages eine Akzeptanz bei der Schulverpflegung und bei der Kita-Verpflegung zu haben, ist eine Expertise absolut notwendig. Das gilt im Übrigen auch für alle anderen Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen in einer Stadt, wenngleich in anderer Weise.

Ich denke, dass wir nur damit überhaupt in die Fläche kommen, weil wir auch einfach einmal zur Kenntnis nehmen müssen, wie lange es Qualitätsstandards gibt – ich würde schätzen, dass das 20 Jahre sind – und wo wir heute gelandet sind. Wir wissen es nicht genau; ich habe das in meinem ersten Statement gesagt. Außerdem erlebe ich vor allem die Schulen an vieler Stelle dahin gehend: Ja, wir orientieren uns am DGE-Standard. – Was bedeutet aber dieses Orientieren? Ich denke, dass das weit weg von dem ist, was wir eigentlich erwarten würden.

Mir wäre es lieber, wenn alle Schulen in NRW morgen wirtschaften und 80 % der Anforderungen erfüllen, anstatt weiter dieses Ziel zu verfolgen, möglichst bis zur Zertifizierung zu kommen, was keinen Sinn macht und Kosten verursacht. Wenn alle Schulen 80 % der DGE-Handlungsempfehlungen erreichen würden, wären wir schon ziemlich gut. Wir haben in keinem Bereich eine hundertprozentige Erfüllung, und ich denke, dass wir auch hier ein Stück davon wegkommen müssen.

Außerdem wäre es sinnvoll, wenn wir eine Art Roadmap und einen prozessualen Weg hätten, wie wir dahin kommen, alle Schulen und Kitas im Land mitzunehmen und näher an die DGE-Empfehlungen zu befördern. Dafür brauchen wir Strukturen und keine Projekte. Das ist einfach der Punkt; das ist eine dauerhafte Aufgabe.

Markus Höner (CDU): Herr Professor Strecker, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass das Angebot an regionalen Produkten deutlich zunehme. Wir fangen mit unserer Ernährungsstrategie jetzt auch nicht bei null an. Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme außerdem davon, dass bereits gewisse Pull-Effekte vorhanden seien. Sind dadurch positive Ereignisse in der Entwicklung festzustellen, das heißt, merkt man schon positive Resonanzen?

Prof. Dr. Otto Strecker (AFC Consulting Group): Ich habe mit meiner Aussage gemeint, dass man den Absatz regionaler Produkte von zwei Seiten befördern kann. Das geht zum einen durch die Landwirtschaft selbst, indem über Marketingmaßnahmen mehr Push in Richtung des Marktes erzeugt wird. Darüber, wie wir dafür mehr tun können, haben wir unter anderem in der Enquetekommission gesprochen, und diesbezüglich gibt es bereits eine Reihe von guten Überlegungen.

Zum anderen vollzieht sich in den letzten Jahren nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern zum Beispiel auch in Frankreich ein Perspektivenwechsel. Ganz aktuell hat der New Yorker Bürgermeister viel Presse bekommen – ich weiß nicht, ob das jemand

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

gelesen hat –, der ähnliche Kampagnen von mehr Ernährungsbildung und von mehr Angeboten an einer vielfältigen und einer stärker pflanzlich orientierten Ernährung in den öffentlichen Einrichtungen, in den Mensen und in den Kantinen startet. Das sind dann diese Pull-Effekte, von denen ich gesprochen habe. Das kommt aus dem Markt selbst, und ich kann als öffentlicher Betreiber solcher Einrichtungen einen solchen Pull-Effekt selbst erreichen.

Das funktioniert in Maßen. Ich habe Klimaräte beraten und das gesehen. Gleichzeitig habe ich aber auch gesehen, wo es Begrenzungen gibt. Diese Begrenzungen liegen zum Teil drin, wie das Herr Waskow gesagt hat, dass man eben kein Selbstversorger ist – nicht in Nordrhein-Westfalen, nicht in Deutschland und natürlich auch nicht in bestimmten kommunalen Räumen, wie immer Sie diese dann beschreiben wollen. Es gibt einfach nicht alles überall, und deshalb kann auch nicht alles überall regional sein. Von dieser Vorstellung muss man sich freimachen.

Darüber hinaus ist Regionalität auch nicht immer das Beste. Wenn man zum Beispiel am Niederrhein sitzt, ist es für den Planeten nicht automatisch besser, wenn ein Produkt aus Ostwestfalen statt aus den Niederlanden kommt. Es ist nicht per se besser, wenn immer alles aus einer politisch abgegrenzten Region kommt. Wenn es aus der Nähe kommt, aber aus der nachbarpolitischen Region ist, kann das ebenso gut sein. Das habe ich damit gemeint, nämlich dass es hier unterschiedliche Ansätze gibt.

Es existieren aber auch Begrenzungen – um noch einmal auf Herrn Waskow zurückzukommen – bei der Vergabe insbesondere im vergaberechtlichen Bereich. Einerseits sehe ich die Qualifikation. Die Qualifikation können Sie sich aber einkaufen. Sie können sich einen Ernährungsberater kaufen und die Ausschreibung mit ihm zusammen durchführen. Dafür brauche ich keinen amtlichen Beauftragten. Das finde ich also easy.

Andererseits gibt es vergaberechtliche Restriktionen, die darin liegen, dass der weiter entfernte Mitbieter nicht deshalb diskriminiert werden darf, weil er aus 100 km Entfernung kommt. Es bestehen einfach vergaberechtliche Grenzen, die es erschweren, einen Pluspunkt dafür zu geben, dass etwas aus der Region kommt. Ich glaube, da liegen im Bereich der Möglichkeiten dieser Pull-Effekte auch viele Restriktionen.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Waskow, Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme von einer nachhaltig-gesunden Ernährung. Könnten Sie uns erklären, was Sie darunter genau verstehen? – Danke.

Frank Waskow (Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen): Diese Formulierung wurde bewusst so getroffen, weil für uns als Verbraucherzentrale insbesondere auch mit den Vernetzungsstellen Kita- und Schulverpflegung sowie Seniorenernährung die Begleitung und Unterstützung der Einrichtungen bei der Umsetzung der Qualitätsstandards im Vordergrund steht. Weil das die Ernährungsqualität ist, wollte ich das besonders herausheben. Das ist natürlich ein Teil von Nachhaltigkeit. Im Grunde genommen geht es bei einer Ernährungsstrategie aber um Nachhaltigkeit, und dazu gehören als wesentliche Elemente die Gesundheit, aber auch alle anderen Parameter.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Ich nenne einmal für die Gemeinschaftsverpflegung, was für uns diesbezüglich wichtig ist.

Ein Schritt ist, der Lebensmittelverschwendung entgegenzuwirken, weil die Vermeidung von Lebensmittelabfällen in diesen Betrieben auch zu einer Kostensenkung führen kann. Wenn man in vielen Küchen ungefähr 30 % der Abfälle einsparen kann, macht sich das natürlich auch beim Einkaufsbudget bemerkbar.

Ein weiterer Schritt ist für uns eine bioregionale Versorgung. Herr Professor Strecker hat bereits ein paar gute Einlassungen dazu gemacht, dass es bei der bioregionalen Versorgung durchaus Grenzen gibt. Soweit das aber möglich ist, sollte das ausgebaut werden.

Des Weiteren ist für uns eine gesunde Ernährung basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen wichtig.

Außerdem darf die Gästekommunikation nie außen vor sein, weil damit die Akzeptanz von nachhaltiger und gesunder Ernährung steht und fällt.

Letztlich geht es auch darum, diese Dimensionen unter ökonomischen Bedingungen zu betrachten. Am Ende müssen die Caterer und die Küchen damit leben. Das muss deshalb wirtschaftlich sein; das wird oft aus dem Blick verloren.

Darüber hinaus müssen sozialverträgliche Bedingungen gegeben sein. Auch das ist weitgehend außen vor. Wie es in vielen Küchen zugeht – wie Köche bezahlt werden und wie die Arbeitszeiten und die Fortbildungen sind –, ist ein großes Dilemma. Daran muss dringend gearbeitet werden, weil es für eine Ernährungswende, für eine Ernährungsstrategie NRW sehr wichtig ist, dass wir zum einen kochendes Personal und zum anderen Küchen haben, die funktionieren.

Wo bekommen wir dieses Personal aber her? Wenn Sie sich die Statistiken anschauen, werden Sie feststellen, dass die Situation ähnlich wie die Situation im Pflegebereich ist. Ich denke, es wäre eine gute Geschichte, wenn das Land NRW Kampagnen oder Maßnahmen überlegen würde, wie wir kochendes Personal finden können. Wir bereiten gerade ein Projekt vor, bei dem es darum geht, das Image der kochenden Berufe zu verbessern. Wir wollen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Berufsorientierung abholen, denn wir sagen, dass das ein interessanter Beruf werden bzw. sein kann, der viel mit Nachhaltigkeit zu tun hat. Allerdings müssen sich dafür auch die Arbeitgeber und die Einrichtungen wandeln. Hier brauchen wir mehr Power, als sie bisher zutage getreten ist.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Wir beginnen jetzt mit der fünften Frageunde. Frau Kahle-Hausmann, bitte sehr.

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Danke schön. – Frau Professor Birner, Sie haben auf Seite 3 Ihrer Stellungnahme einen Kreis mit neun Empfehlungen für eine integrierte Politik für eine nachhaltige Ernährung abgebildet. In dem Text darüber schreiben Sie, dass viele verfügbare Unterstützungsinstrumente nicht genutzt würden. Könnten Sie auf einige dieser Unterstützungsinstrumente eingehen und uns diese näher erläutern?

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Prof.'in Dr. Regina Birner (Universität Konstanz): Vielen Dank für die Frage. Ich möchte zunächst darauf eingehen, warum wir die Empfehlungen in einem Kreis abgebildet haben. Es wurde vorher die Frage angesprochen, ob man vielleicht zu viele Ziele auf einmal hat. Lange Zeit war es auch in den Wirtschaftswissenschaften ein Ansatz, zu sagen, dass man ein Ziel und dann eine Maßnahme hat. Das hat aber nicht funktioniert. Deswegen haben wir gerade in diesem Agrar- und Ernährungsbereich so viele Probleme, und es hat sich sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der politischen Diskussion durchgesetzt, das Agrar- und das Ernährungssystem als ein System zu betrachten. Das bringt auch der Food Systems Summit zum Ausdruck.

Darüber hinaus gab es kürzlich ein Papier des Wissenschaftsrates zum Wandel der Agrar- und Ernährungssysteme, denn es hat sich eben gezeigt, dass die Dinge zusammenhängen. Die Produktion landwirtschaftlicher Nahrungsmittel, deren Verarbeitung und deren Konsum muss man als komplexes System begreifen. Deswegen halten wir es vonseiten des Wissenschaftlichen Beirats durchaus für gerechtfertigt, sich in der Ernährungspolitik komplexe Ziele zu setzen. Des Weiteren weisen wir darauf hin, dass es wichtig und notwendig ist, Indikatoren zu finden und ein Monitoring zu betreiben, um diese Ziele erreichen zu können. Der Kreis beruht also darauf, dass wir das als komplexes System erachten.

Es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen, die wir in unserer Stellungnahme darlegen. Natürlich gibt es wichtige Maßnahmen, die sich nur auf Bundesebene erreichen lassen. Ein Beispiel dafür ist der Einsatz von Lenkungssteuern. Ich habe aber auch schon darauf hingewiesen, dass auf der Landesebene viel getan werden kann.

Bei den Unterstützungsmaßnahmen geht es uns vor allem darum, dass man dem Verbraucher bzw. der Verbraucherin die Wahl einer nachhaltigen Ernährung leichter machen muss. In Deutschland wird das Ernährungsverhalten viel zu sehr als ein individuelles Problem gesehen. Wir möchten daher eine Verbesserung der Ernährungsumgebung erreichen, damit die Wahl einer nachhaltigen Ernährung leichter fällt. Eine gute Wahl muss eben auch die einfachere Wahl sein. Dafür gibt es eine Reihe von Maßnahmen; auf die Kita- und die Schulverpflegung bin ich bereits eingegangen.

Ich möchte auch noch einmal auf das Problem der Ernährungsarmut hinweisen, weil das in der Diskussion häufig zu kurz kommt und ich darin auch einen wichtigen Bereich sehe, bei dem auf Landesebene Unterstützung geleistet werden kann. Vorher ist möglicherweise der Eindruck entstanden, dass die Ernährungsarmut eine Frage bestimmter Nationalitäten sein könnte. Dem möchte ich an dieser Stelle widersprechen.

Wir haben eine ganze Reihe von Gutachten und wissenschaftlichen Untersuchungen zu diesem Thema ausgewertet. Außerdem haben wir die Schuleingangsuntersuchungen aller Länder betrachtet, die das auswerten. Darüber hinaus haben wir die KiGGS-Studie, eine national repräsentative Studie, und die Studien, die den Zusammenhang von Einkommen und Ernährung untersucht haben. Daraus geht klar hervor, dass das Einkommen einen ganz wesentlichen Einfluss darauf hat, ob man sich gesund ernähren kann. Deswegen ist in diesem Bereich eine wichtige Maßnahme die Unterstützung der Tafeln, die auf der Landesebene umgesetzt werden kann.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Norwich Rüße (GRÜNE): Frau Professorin Birner, weil Sie gerade so schön im Re-
defluss sind, möchte ich Ihnen auch eine Frage stellen. Wir sind gerade an einer inte-
ressanten Stelle, weil wir in eine volkswirtschaftliche Betrachtung hineinkommen. Ei-
nerseits ist die Frage der Gesundheitskosten ganz offensichtlich. Andererseits werden
hohe Investitionen notwendig – Herr Müller hat darauf schon hingewiesen –, wenn wir
im Bereich „Ernährung“ etwas verändern wollen. Könnten Sie demgegenüber darstel-
len, was wir in diesem Bereich gewinnen würden? Denn wir reden immer nur darüber,
was es kostet, und nicht darüber, was wir möglicherweise neben dem Glück von Men-
schen volkswirtschaftlich gewinnen können.

Prof.'in Dr. Regina Birner (Universität Konstanz): Eine gesunde Ernährung ist für
die Gesundheit der Bevölkerung natürlich wichtig. Denn man kann nachweisen, dass
gerade eine Fehlernährung, die in Übergewicht, Adipositas zum Ausdruck kommt, für
einen erheblichen Teil der gesundheitlichen Belastungen und damit der Belastungen
für unser Gesundheitssystem verantwortlich ist. Dabei geht es vor allem um Herz-
Kreislauf-Erkrankungen, die damit im Zusammenhang stehen.

Durch eine gesunde Ernährung kann man Einsparungen im Gesundheitssystem er-
warten. Natürlich ist das Wohlbefinden, das man mit gesunder Ernährung erreicht, ein
gesellschaftliches Ziel. Darüber hinaus kann man aber, wie gesagt, auch Kosten ein-
sparen, wenn man in die Gesundheit und in eine gesunde Ernährung investiert.

Bianca Winkelmann (CDU): Meine Frage richtet sich noch einmal an die Landfrauen
NRW. Ich möchte den Fokus wieder auf das Thema „Regionalität“ richten. Frau Lang-
reck, wie sehen die Landfrauenverbände das Thema „regionale Vermarktung, regionale
Versorgung“? Muss beispielsweise in den Vergaberichtlinien nachgebessert werden?
Wie können wir die Ernährung sichernde Landwirtschaft bei dem Thema unterstützen?

Cornelia Langreck (Westfälisch-Lippischer LandFrauenverband): Für uns Land-
frauenverbände bzw. für die landwirtschaftlichen Betriebe, die hinter uns stehen, ist es
eine große Chance, in diesem Bereich tätig zu werden. Eine Voraussetzung dafür ist
allerdings, dass wieder Wertschöpfungsketten entstehen. Im Moment befinden wir uns
in einer Abwärtsspirale. Es werden Betriebe geschlossen. Es werden auch Hand-
werksbetriebe, die Lebensmittel verarbeiten, geschlossen. Es geht also gerade genau
in die entgegengesetzte Richtung von dem, was wir möchten. Man müsste daher
schauen, wie man das wieder nach vorne bringen und eine Unterstützung leisten kann.

Es ginge auch, um auf die Frage von Herrn Rüße zurückzukommen, ein volkswirtschaft-
licher Vorteil für die landwirtschaftlichen Betriebe und für die gesamte nachgelagerte Pro-
duktion einher, wenn wir die Wertschöpfung in den Regionen halten. Denn das würde
zum einen Arbeitsplätze und zum anderen eine Ernährungssicherung vor Ort bedeuten.
Es würde aber auch bedeuten, das Wissen im Land zu behalten.

Der Begriff „Regionalität“ steht auch heute über allem. Das ist jedoch kein ganz klar
definierter und kein geschützter Begriff. Was ist eigentlich Regionalität? Was ist die

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Region, aus der wir die Produkte haben wollen? Ist das ein Umkreis von 100 km? Ist das das Land NRW? Ist das vielleicht sogar Deutschland, oder ist es Europa? Vielleicht wäre es ein Ansatz, zu definieren, was wir als regionale Ernährung bezeichnen und wo dabei die Regionalität verankert ist.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Professor Strecker, das Thema „Lebensmittelverschwendung“ wurde bereits mehrfach angesprochen. Wir haben seitens der FDP-Fraktion zu diesem Thema auch einen Antrag gestellt, der sich derzeit im Beratungsverfahren befindet. Mich würde interessieren, welche Potenziale Sie bei der Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung sehen. – Danke.

Prof. Dr. Otto Strecker (AFC Consulting Group): Die Lebensmittelverschwendung ist natürlich ein Riesenthema. Ich finde den Begriff jedoch schwierig, weil nicht alle Lebensmittelverluste gleichzeitig eine Lebensmittelverschwendung bedeuten. Da würde ich auch im Hinblick auf den Antrag dafür plädieren, sozusagen ganz sauber in den Begriffen zu bleiben. Lebensmittelverschwendung klingt immer nach Vorsatz. Ich glaube aber, dass das in dem System an keiner Stelle vorsätzlich passiert.

Die meisten Ansatzpunkte gibt es in den Haushalten. Den Haushalten könnten über Technologien und vielleicht auch über eine weitere Förderung von Technologien wie Frischesensoren mehr Instrumente an die Hand gegeben werden.

Im Bereich von Handel und Handwerk – ich hatte es vorhin bereits gesagt – wäre es möglich, künstliche Intelligenz nutzbar zu machen. Damit könnte von vornherein das Richtige für den Bedarf produziert werden.

Sehr hilfreich wäre, wenn die Abgabemengen zum Beispiel an die Tafeln für bestimmte Produkte viel großvolumiger organisiert würden. Jetzt passiert das alles im Klein-Klein regional. Es gibt aber große Partien, die einfach falsch verpackt wurden. Wenn man in der Molkerei eine Charge Himbeerjoghurt für zehn Lkw hat, aber diese Charge als Erdbeerjoghurt verpackt ist, dann wären größere Strukturen super hilfreich. In anderen europäischen Ländern wie Frankreich gibt es das. In Aachen gab es mit der Lebensmittelbank auch einmal einen Ansatz für größere Logistikstrukturen, um solche großen Partien handeln zu können. Damit wäre sehr viel gewonnen, weil diese Produkte dann viel schneller wieder in den menschlichen Konsum gelangen würden.

Ansonsten ist dieser Begriff gefährlich und weitgehend irreführend, weil viele Dinge, die im Prozess nicht zu dem werden, zu dem sie werden sollten, noch irgendwo als Reststoffe, als Nebenprodukte dienen. Teilweise gehen sie auch ins Viehfutter, oder sie sind Rework in der Produktion. Es landet am Ende also nicht alles auf dem Müll, sondern vieles ist noch ein Rohstoff für etwas anderes. Der Begriff ist deshalb, wie gesagt, total unglücklich.

Ansatzpunkte gibt es in diesem Bereich sehr viele. Es ist auch eine interessante Aufgabe für die Politik, solche Felder zu fördern, die einen Beitrag dazu leisten, dass viel, viel weniger Lebensmittel ihren Weg nicht zum Verbraucher finden.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Wir kommen nun in die sechste Frage-
runde. Frau Butschkau, bitte sehr.

Anja Butschkau (SPD): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. – Herr Professor Strecker,
Sie weisen in Ihrer Stellungnahme darauf hin, dass eine erfolgreiche regionale Vermark-
tung oder Wertschöpfung häufig an fehlenden Verarbeitungsstrukturen scheitert. Meine
Fraktion würde interessieren, wie dieses Dilemma Ihrer Vorstellung nach behoben wer-
den kann und was sich gegebenenfalls von anderen Bundesländern lernen lässt.

Prof. Dr. Otto Strecker (AFC Consulting Group): Ich fürchte, die Perspektive ist da
wirklich ungünstig. Vielleicht wird es im Kleinen noch einmal Initiativen geben – zum
Beispiel, wenn es um die Kartoffelschälmaschine geht –, bei denen man sich vorstellen
kann, das über ein Projekt zu ziehen. Ich glaube aber nicht, dass es ein Zurück zu
kommunalen Schlachthöfen oder kommunalen Molkereien geben wird. Das ist einfach
vorbei. Diese Betriebe haben wir seit den 80er-Jahren sukzessive geschlossen, weil
sie, das muss man ehrlicherweise sagen, keinen Markt mehr hatten, und weil das in
diesen großen Verbänden alles viel günstiger zu erledigen ist.

Das Wort „Markt“ möchte noch einmal im Hinblick auf die Gemeinschaftsverpflegung be-
tonen. Es muss – Herr Waskow hat es richtigerweise gesagt – für die Gemeinschaftsver-
pflegungsbetriebe auch ökonomisch funktionieren. Wenn sich jedoch am Ende alle Schü-
ler nebenan beim Bäcker das Schokokussbrötchen holen, weil sie eben nicht an der ihnen
zugedachten DGE-konformen Ernährung partizipieren wollen, dann ist das eine Abstim-
mung mit den Füßen und in den Mensen und Kantinen ist noch weniger als ohnehin los.

Der dieser Anhörung zugrunde liegende Antrag ist sicherlich sehr lange in der Bear-
beitung gewesen, und die Aussage, dass man es mit wachsenden Zahlen in der Au-
ßer-Haus-Verpflegung zu tun habe, ist eine Diagnose, die so nicht mehr zutrifft. Wenn
Sie in die Einrichtungen, in die Mensen, in die Kantinen oder in die betrieblichen Ver-
sorgungseinrichtungen gehen, dann werden Sie feststellen, dass dort eher weniger als
mehr Menschen anzutreffen sind. Das hat damit zu tun, dass sich viele im Homeoffice
befinden. Die Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen und der Außer-Haus-Konsum
sind deshalb im Moment kein Segment, das wahnsinnig stark wächst, sondern das ist
eher ein Segment, das um seine Existenz und um seine Existenzberechtigung kämpft.

Bei allem, was man sich da ausdenkt, muss man also im Blick haben, dass am Ende
keine Abstimmung mit den Füßen stattfindet und diese Einrichtungen nicht in Anspruch
genommen werden, sondern dass sie überlebensfähig bleiben.

Norwich Rüße (GRÜNE): Meine Frage richtet sich an Frau Professorin Birner. Frau
Professorin Birner, wie sehen Sie die Perspektive der Außer-Haus-Verpflegung? Stag-
niert das tatsächlich oder ist absehbar, dass das ein wachsendes Segment wird, dem
man sich widmen muss?

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

In Ihrer Stellungnahme sprechen Sie auch eine Empfehlung unter dem Stichwort „Soziale Normen kalibrieren“ aus. Das fand ich sehr interessant, und ich habe das Gefühl, dass es sich dabei um etwas handelt, das gar nicht so viel Geld kosten würde. Könnten Sie das ein wenig erläutern?

Prof.'in Dr. Regina Birner (Universität Konstanz): Gerne. Durch die Coronapandemie und das zunehmende Homeoffice hat es natürlich Veränderungen gegeben. Langfristig wird die Außer-Haus-Verpflegung aber weiterhin eine sehr wichtige Rolle spielen, weil wir zum Beispiel die Ausweitung der Ganztagsbetreuung von Kindern und Schulkindern erwarten. Es wird also auch da insgesamt mehr Ganztagsverpflegung geben, sodass das ein ausgesprochener wichtiger Bereich bleiben wird.

Die Normenkalibrierung möchte ich gerne anhand des Beispiels der Portionsgrößen erläutern. Die Ernährungspsychologie ist der Teilbereich der Psychologie, der sich mit unserem Ernährungsverhalten befasst, und in diesem Bereich gibt es eine gute wissenschaftliche Forschung zur Frage der Portionsgrößen. Die Ernährungspsychologen stellten fest, dass sich nachweisen lässt, dass die Portionsgrößen im Lauf der Zeit immer größer geworden sind, was man als Konsument bzw. als Konsumentin gar nicht richtig wahrnimmt. Das trägt natürlich zu Ernährungsproblemen bei, und in dieser Hinsicht kann man verschiedene Maßnahmen ergreifen.

Ein Vorschlag ist, dass in der Gastronomie eine bestimmte Anzahl an Hauptgerichten mindestens in zwei Portionsgrößen angeboten wird. Damit hätte man schon einmal ein Angebot. Ich habe es vorher schon gesagt: Die gute Wahl muss die einfachere Wahl sein. Diese Wahlmöglichkeit muss aber erst einmal bestehen. Darüber hinaus ist das nicht mit mehr Kosten verbunden, und man hat den Vorteil, dass es zu weniger Lebensmittelverschwendung kommt. Das ist ein Beispiel, das die Menschen vielleicht gar nicht im Blick haben, das aber viele Vorteile hätte und wo man politisch steuernd eingreifen könnte.

Markus Höner (CDU): Herr Müller, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme viel davon, dass die Umsetzung einer Ernährungsstrategie mit Herausforderungen für die Kommunen verbunden sei. Wir sind aber schon ein Stück weit der Meinung, dass wir dort auch einen Schritt weitergehen müssen. Sie schreiben dann auch von den Herausforderungen im Hinblick auf die Frischküchen und was diesbezüglich eingehalten werden müsste. Gibt es Kommunen, die in diesem Bereich schon unterwegs sind, bei denen Sie aus der Sicht des Landkreistags sagen können: „Das ist wirklich ein gutes Beispiel, an dem man sich orientieren kann“?

Christian Müller (Landkreistag Nordrhein-Westfalen [per Video zugeschaltet]): Wir haben uns bei der Abfrage bei unseren Mitgliedern tatsächlich eher auf den Antrag fokussiert. Manchmal kommt bei den Rückmeldungen auch: In meinem Kreis wird das so und so gemacht. – Deshalb kann ich zu Ihrer Frage leider ad hoc nichts sagen; dazu hat uns nichts erreicht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Ich möchte aber gerne festhalten, weil das auch zur Wahrheit gehört, dass man immer ein wenig differenzieren muss.

Man kann natürlich von der 1-a-Frischküche ausgehen, wo fünf Leute und da noch ein Kühlraum gebraucht werden. Es existieren jedoch sehr unterschiedliche Konzepte, zum Beispiel auch mit Externen, die man sich dafür dazuholt. Ich glaube, an meiner alten Schule gibt es ein Konzept, das eine Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt oder mit einem externen Unternehmen vorsieht, im Rahmen dessen die Speisen vor Ort frisch zubereitet und dann in die Schule gebracht werden. Das ist ein Beispiel aus der Stadt Düsseldorf, aber so etwas wird es auch in den Kreisen schon geben. Der Ganzttag sorgt aber natürlich auch dafür, dass solche Konzepte weiter vorangetrieben werden.

Ich denke, dass die Ausgestaltung dieser Konzepte sehr heterogen sein wird. Sollte ich dazu noch Beispiele bekommen, kann ich diese Beispiele gerne nachliefern.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Waskow, Sie haben ein hervorragendes Beratungs- und Informationsangebot für Bildungseinrichtungen. Könnten Sie uns beschreiben, wie gut das angenommen wird?

Frank Waskow (Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen): Sie sprechen sicherlich die Vernetzungsstellen Kita- und Schulverpflegung und Seniorenverpflegung an. – Das Angebot der Vernetzungsstellen wird sehr gut angenommen, und im Grunde genommen stehen dabei drei Themen im Vordergrund. Das ist zum einen die Verpflegungsqualität bezogen auf die DGE-Empfehlungen. Zum anderen ist das die Ernährungsbildung. Der dritte Punkt sind die Ausschreibungen, die Vergabe und das Hygienemanagement. Das ist also eine Vielzahl von kleineren Themen, zu denen die Kitas und Schulen Unterstützung erhalten.

Jetzt gibt es in NRW aber über 5.000 Kitas und über 10.000 Schulen, für die wir sechs Planstellen zur Verfügung haben. Methodisch können wir uns daher nur auf einer bestimmten Ebene bewegen. Das heißt, wir führen Multiplikatorenschulungen durch, und wir machen Ernährungsbildungsangebote. Das kann aber immer nur in Veranstaltungen geschehen. Eine Einzelfallberatung können wir nicht leisten. Das geschieht nur im Ausnahmefall, und zwar dann, wenn uns das systemisch etwas bringt, wenn es konzeptionell interessant ist, denn bei der Anzahl der Einrichtung können wir nicht vor Ort sein.

Daraus ergibt sich dann auch genau der Bedarf, sodass wir sagen, dass das eigentlich in den Kommunen verankert sein muss. Dort müsste ein Verpflegungsbeauftragter angesiedelt sein, der diese Einzelfallfragen von seinen Kitas, von seinen Schulen und von seinen anderen Einrichtungen bearbeitet und diese Einrichtungen unterstützt. Aus einer Vernetzungsstelle heraus ist das schwierig, weil wir nie so viel Personal bekommen werden, dass wir diese 15.000 Einrichtungen bedienen können. Das heißt, dass wir uns immer eher nur auf dieser Multiplikatorenebene bewegen werden.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Das Angebot wird, wie gesagt, sehr gut angenommen. Im Bereich der Kitas haben wir eigentlich eine Übernachtfrage. Im Bereich der Grundschulen sind wir gut ausgebucht. Im Bereich der weiterführenden Schulen ist die Tendenz dahin gehend, dass die Nachfragen ein Stück weit zurückgehen.

Ich will die Gelegenheit nutzen, hier noch einmal deutlich zu machen, dass die Lebensmittelpreisfrage auch in den Schulmensen angekommen ist. Wir erleben in vielen Kommunen, dass Kinder und Jugendliche vom Mittagessen abgemeldet werden, weil die Eltern das schlicht und ergreifend nicht mehr bezahlen können. Das wird dann natürlich auch für viele Caterer schwierig, weil das Ganze wirtschaftlich keinen Sinn mehr macht, wenn ihnen 50 Essen wegfallen. Das ist ein Problem, wo man direkt handeln müsste.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Dann eröffne ich die siebte Fragerunde. Gibt es seitens der SPD-Fraktion Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann hat Frau Thoms von der grünen Fraktion das Wort. Bitte sehr.

Meral Thoms (GRÜNE): Meine Frage richtet sich an Frau Professorin Birner, und ich möchte mich gerne im Hinblick auf eine spezielle Zielgruppe erkundigen. Wir befinden uns in einem demographischen Wandel und insbesondere die Gruppe der älteren Menschen wächst. Hier denke ich jetzt aber nicht an die älteren Menschen, die in Gemeinschaftseinrichtungen leben, sondern an diejenigen, die gerne lange zu Hause leben wollen, aber mobilitätseingeschränkt sind und nicht mehr gut einkaufen können.

Wie schätzen Sie die Ernährungssituation dieser Zielgruppe ein? Gibt es für sie genügend Angebote; Stichwort: Essen auf Rädern? Wie sind diese Angebote unter gesundheitlichen Aspekten und unter Nachhaltigkeitsaspekten zu beurteilen? Ich würde mich freuen, wenn Sie dazu eine Stellungnahme abgeben könnten.

Prof.'in Dr. Regina Birner (Universität Konstanz): Vielen Dank für die Frage. Wir haben vorhin viel über Kitas und Schulen gesprochen. Natürlich ist aber auch die Verpflegung und die Ernährungssituation von Seniorinnen und Senioren eine große Herausforderung, und diesbezüglich existieren unterschiedliche Problemlagen.

Zum einen ist auch im Bereich der Seniorinnen und Senioren das Thema der Ernährungsarmut relevant, weil es viele Menschen gibt, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, aber dennoch nur über ein sehr niedriges Einkommen verfügen. Oft haben diese Menschen sogar Ansprüche auf eine Unterstützung, die sie aber nicht geltend machen.

Zum anderen ist ein Problem im Hinblick auf die soziale Ernährungsarmut, dass viele Menschen alleine leben. Wir müssen berücksichtigen, dass das Essen eine unserer wichtigsten und häufigsten sozialen Funktionen ist. Es geht bei der Ernährung nicht nur darum, eine bestimmte Menge an Nährstoffen in den Körper zu bekommen, sondern das Essen ist auch eine wichtige soziale Aktivität. Weil Seniorinnen und Senioren,

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

die alleine leben, dann oft negativ betroffen sind, wäre es wichtig, hier Angebote zu schaffen.

Diesbezüglich könnte auch auf der Landesebene Unterstützung geleistet werden. Es gibt natürlich von den Kommunen und den Wohlfahrtsverbänden Einrichtungen, und wenn Menschen mobilitätseingeschränkt sind, muss man das noch einmal extra berücksichtigen. Man sollte jedoch ein gemeinschaftliches Essen in Bürgercafés ermöglichen und auch die Tafeln unterstützen, wenn sie solche Angebote machen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Oft erhalten Menschen, wenn sie alleine zu Hause leben und sich nicht mehr selbst versorgen können, ein Catering durch Essen auf Rädern und dergleichen. Dazu gibt es Studien, dass die Sicherstellung einer hohen Qualität eine Herausforderung ist und das Essen oft gar nicht verzehrt wird, weil es nicht ansprechend ist.

Leider verfügen wir aber über zu wenig Daten, und wir haben seitens des Wissenschaftlichen Beirates darauf hingewiesen, dass das Ernährungsmonitoring in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern sehr unzureichend ist. Eigentlich wissen wir gar nicht genügend über den Ernährungszustand. Wir haben aber Hinweise, dass gerade der Bereich der Seniorinnen und Senioren eine Herausforderung ist, und es wäre wichtig, diesen Bereich in der Ernährungsstrategie auf Landesebene abzubilden und anzusprechen.

Bianca Winkelmann (CDU): Ich habe noch eine Frage, wobei ich mir nicht sicher bin, ob ich sie an Herrn Waskow oder Herrn Professor Strecker richten soll. Ich war gestern bei der Tafel im Lübbecke Land in meinem Wahlkreis Minden-Lübbecke in Ostwestfalen-Lippe. Dort kam die Sprache natürlich auf das Thema „Lebensmittelverschwendung“ und die aus Frankreich stammende Idee, die Lebensmittelverschwendung zu verbieten.

Die Ernährungsräte in NRW gehen in ihrer Stellungnahme auf das in Frankreich im Jahr 2016 verabschiedete Gesetz zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung ein. Könnten Sie, Herr Waskow oder Herr Professor Strecker, uns einen Einblick in dieses Gesetz geben, damit wir uns da ein wenig schlau machen können?

Frank Waskow (Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen): Dieses Gesetz ist für Frankreich sicherlich gut. Für Deutschland wäre es weniger geeignet, weil die Tafeln in Deutschland überwiegend in ehrenamtlichen Strukturen arbeiten. In Frankreich ist das ein Stück weit anders, denn dort gibt es teilweise eine institutionelle Förderung.

Wir sehen es kritisch, auch nur den Handel in den Blick zu nehmen, sondern ein solches Gesetz müsste die gesamte Wirtschaft, also die Kette von der Landwirtschaft bis zum Handel, in die Pflicht nehmen. Warum sollte man nur auf den Handel abstellen, bei dem statistisch gesehen – sofern die Zahlen stimmen – der geringste Teil der Abfälle anfällt? Deshalb sehen wir das, wie gesagt, eher kritisch.

Mir ist noch kein Gesetz untergekommen, von dem ich sagen würde, dass es als Blaupause für NRW oder Deutschland dienen könnte. Die Tafeln sagen auch, dass sie es

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

sich nicht vorstellen können, sozusagen der Abfallplatz der Republik zu werden, und lehnen ein solches Gesetz ebenfalls ab.

Wenn es ein Gesetz sein muss, würde ich mir, wie gesagt, eher etwas für die ganze Kette wünschen. Allerdings bin ich völlig bei Ihnen, dass wir etwas Verpflichtendes brauchen, denn alle Statistiken der letzten 15 Jahre zeigen, dass es augenscheinlich keine Verbesserungen in diesem Bereich gibt, wenn wir das auf freiwilliger Basis belassen. Wir brauchen also dringend verbindliche Maßnahmen. Wie solche Maßnahmen aussehen könnten, kann ich Ihnen so schnell jetzt aber auch nicht sagen.

Prof. Dr. Otto Strecker (AFC Consulting Group): Ich denke ebenfalls, dass es nicht zielführend ist, eine Regelung über ein solches Gesetz herbeizuführen. Dafür gibt es ein paar einfache Gründe; einen Teil davon hat Herr Waskow bereits erwähnt.

Darüber hinaus gibt es im Handel, in der Industrie, im Handwerk und in den Haushalten keine Intention, Lebensmittel zu verschwenden. Es gibt jedoch an unterschiedlichen Stellen Lebensmittelverluste. Ein Betrieb, der rechnen kann, wird nicht ohne Not einen Teil seiner Rohware oder seiner Fertigware der Vernichtung zu führen, sondern das größere Interesse liegt immer darin, die Waren dem Markt zuzuführen und damit Geld zu verdienen, anstatt damit Geld zu verlieren. Von daher ist das intentional überhaupt nicht so angelegt, dass man hier jemand erziehen müsste.

Sinnvoll wäre, in diesem Bereich Instrumente und zusätzliche Anreize zu schaffen. Ein Instrument – ich hatte es eben genannt – wären großräumigere Lösungen für die Lebensmittelindustrie in Richtung der Tafeln, indem man großräumigere logistische Strukturen schafft. Als Vorbild dafür könnten die Lebensmittelbanken in Frankreich dienen; das ist ein sehr interessantes Beispiel. Ich denke, dass man eher in solchen Maßnahmen und Anreizen fündig wird, um an dem Problem nachhaltig zu arbeiten, als durch den Versuch, das zu verbieten.

Bianca Winkelmann (CDU): Perfekt. Danke schön.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich schaue jetzt zu Herrn Brockes. – Dann schaue ich noch einmal in die Runde. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Frau Professorin Birner, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass Sie den Antrag für eine Ernährungsstrategie begrüßen. Darüber hinaus sagen Sie, dass das ein Baustein sei und es noch viel mehr sein müsste. Als Politiker frage ich mich dann gerade auch in Nordrhein-Westfalen, wie wir das alles finanziert bekommen.

Es gibt Nebenkosten, die auf die Gesellschaft umgewälzt werden. Es ist auch bei ökologischen Nebenkosten und bei den gesundheitlichen Folgekosten von Fehlernährung so, dass das von der Gesellschaft getragen wird. Eine Ernährungsstrategie macht deshalb im ersten Moment keinen Sinn, sondern kostet nur viel Geld, zum Beispiel für den

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Umbau von Kantinen. Könnten Sie mir einen Weg aufzeigen, wie wir in Nordrhein-Westfalen in einem Jahrzehnt eine gute Ernährung in Nordrhein-Westfalen für alle hinkommen, und wie man das vor allem finanziert bekommt? Welche Instrumente würden Sie dafür heranziehen?

Prof.'in Dr. Regina Birner (Universität Konstanz): Auf der Bundesebene hat man natürlich noch einmal andere Möglichkeiten als auf der Landesebene. Auf der Bundesebene haben wir Maßnahmen durch die Lenkungssteuer vorgeschlagen, und man könnte Einnahmen generieren und diese in gewissem Umfang an die Länder weiterreichen.

Ich denke, aus Sicht der Landesebene ist es vor allem eine Frage der politischen Priorität. Wir haben in unserem Gutachten darauf hingewiesen, dass die Ernährung lange als eine private Sache betrachtet wurde und das politische Gewicht deswegen nicht auf diesbezügliche Maßnahmen gelenkt wurde. Die Ernährung steht, da haben Sie völlig recht, natürlich immer in Konkurrenz zu anderen Politikfeldern. Es ist aber eben eine Frage des politischen Willens, die Bedeutung dieses Themas für die Bevölkerung, für die Gesundheit, für das Wohlbefinden und für die Nachhaltigkeitsziele, die wir erreichen wollen, zu erkennen.

Wir weisen in unserem Gutachten außerdem darauf hin, dass die Ernährung ein wichtiger Hebel ist, um auch andere Ziele zu erreichen. Wenn wir versuchen, diese Ziele – denken Sie zum Beispiel an die Umwelt-, die Klima- oder die Tierwohlziele – mit anderen Maßnahmen zu erreichen, dann fallen dafür auch Kosten an, und diese Hebelwirkung, die man im Bereich der Ernährung hat, wäre ein wichtiges politisches Argument zur Stärkung dieses Bereichs.

Des Weiteren haben wir darauf hingewiesen, dass das Thema „Ernährung“ in Deutschland im internationalen Vergleich – das heißt, zu den Maßnahmen in anderen Ländern – ein unterbelichteter Bereich ist, denn andere Länder zeigen durchaus, dass es politisch sinnvoll ist, im Bereich der Ernährung und der Ernährungspolitik zu investieren. Dafür zu werben und politische Mehrheiten zu schaffen, wäre sicherlich der Weg, den man gehen muss.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Der Punkt des politischen Willens hat mich motiviert, noch eine Frage an Frau Balbo zu richten. Wir hatten bereits die Themen „Beschaffung“ und „Ausschreibungen“. Dazu wurde gesagt, dass es hier keine Möglichkeiten gebe. Dem würde ich widersprechen, weil eine Kommune durchaus Kriterien festlegen kann, die für alle Bewerber gleichermaßen gelten. Das können zum Beispiel Fair-Trade-Kriterien oder Gemeinwohlkriterien sein. Frau Balbo, sehen Sie den politischen Willen der Kommunen und der Städte, diesen Weg, eine gesündere Ernährung für die Menschen in diesem Land zu erreichen, mitzugehen und daran mitzuarbeiten?

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Alice Balbo (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Wir sehen diesen Willen auf jeden Fall. Allerdings brauchen wir auch Unterstützung. Das Thema der Ausschreibungen ist tatsächlich ein großes Thema, und da könnte man mit einer Beratungsstelle mehr erreichen.

Es gibt auch ein wenig eine Dichotomie. Bei großen Projekten muss man EU-weit ausschreiben. Bei einer gesunden und nachhaltigen Ernährung muss man zum Beispiel aber auch auf die Regionalität und die Saisonalität achten, und da wird es ziemlich schwierig.

Wir sind der Auffassung, dass nicht jede Kommune eine solche Ausschreibung komplett neu denken muss. Es ließen sich durchaus einige Kriterien festlegen. Dadurch könnte man sehr viele Kommunen mitnehmen und den Weg für alle ein bisschen einfacher gestalten. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Jetzt schaue ich noch einmal in die Runde meiner Kollegen. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Frau Professorin Birner, diese letzte Frage haben Sie selbst verursacht, ...

(Heiterkeit)

... weil Sie auf die internationale Ebene und auf internationale Vorbilder eingegangen sind. Ich würde Sie bitten, uns darzulegen, an wem wir uns orientieren sollten und was an deren Maßnahmen so toll ist.

Prof.'in Dr. Regina Birner (Universität Konstanz): Zwei sehr gute Beispiele sind Finnland und Schweden, weil diese beiden Länder bereits vor vielen Jahrzehnten eine kostenlose Kita- und Schulverpflegung eingeführt haben. Das sind auch Länder, die vor allem was die Qualität, die Qualitätsnormen und die Qualitätsstandards in der Kita- und Schulernährung anbelangt, verbindliche Standards durchgesetzt haben.

Wir haben uns auch damit befasst, wie andere Länder während der Pandemie mit der Kita- und Schulverpflegung umgegangen sind. Dabei haben wir festgestellt, dass zum Beispiel Großbritannien oder die USA, die nicht gerade für eine besonders gute Ernährungspolitik bekannt sind, während der Pandemie sehr schnell reagiert haben, Essensangebote für Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten zur Verfügung zu stellen.

Was man in Krisensituationen macht, wäre also ebenfalls ein Aspekt, den man in einer Ernährungsstrategie berücksichtigen könnte. Auch dafür gibt es in unserer Stellungnahme gute Beispiele. Aber konkret Finnland und Schweden wären Länder, die als Vorbild dienen könnten, wie man im Bereich „Ernährung“ vorgehen kann.

Norwich Rüße (GRÜNE): Jetzt waren wir doch gerade da.

(Heiterkeit)

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (17.)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (25.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

23.05.2023

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ja, wir haben uns das gerade in Finnland angeschaut und haben damals auch genickt. – Ich schaue in die Runde, ob diese letzte Antwort noch eine weitere Frage hervorgerufen hat. – Das ist nicht der Fall.

Ich danke ich Ihnen sehr für Ihre unglaublich detaillierten und engagierten Antworten. Sie haben sicher gemerkt, dass dieses Thema dem gesamten Ausschuss ein großes Anliegen ist; alle haben mitgeschrieben. Ich denke, wir werden Ihre Beiträge in unsere Diskussionen sehr einfließen lassen, und das Protokoll zu dieser Anhörung erwarten wir mit Spannung.

Bevor ich Sie jetzt verabschiede, möchte ich eine Tradition in diesem Ausschuss wahren. Wenn ein Referent oder eine Referentin aufhört, wird derjenige durch den Ausschuss verabschiedet. Dieses Mal haben wir einen Referenten. Herr K. ist seit 2020 bei uns, und es war heute die 55. Sitzung, die er begleitet hat. Der Ausschuss dankt dir, lieber K., für die geleistete Arbeit und für die Zusammenarbeit. Wir wünschen alles Gute; du gehst uns aber nicht ganz verloren, sondern bist nur nicht mehr in diesem Ausschuss.

(Beifall)

Die nächste Sitzung findet am 7. Juni 2023 statt. Ich wünsche allen einen guten Heimweg. Auf Wiedersehen.

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzende AULNV

Anlage

30.05.2023/30.05.2023

Stand: 23.05.2023

Anhörung von Sachverständigen

des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume und des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

zu „Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen“,
Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Drucksache 18/2550,

am Dienstag, dem 23. Mai 2023
14.00 bis 16.00 Uhr, Raum E 3 A 02, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Christian Müller (Videokonferenz)	18/565
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	keine Teilnahme	keine
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	Alice Balbo	keine
Verbraucherzentrale NRW e.V. Nicole Schlaeger Düsseldorf	Frank Waskow	18/514
Professorin Dr. Britta Renner Universität Konstanz Konstanz	Prof. Dr. Regina Birner	18/521
AFC Consulting Group AG Prof. Dr. Otto Strecker Bonn	Prof. Dr. Otto Strecker	18/500
Regina Selhorst Präsidentin des Westfälisch-Lippischen LandFrauenverbands e.V. Ascheberg-Herbern	Cornelia Langreck	18/504
Jutta Kuhles Präsidentin des Rheinischen LandFrauenverbands e.V. Ratingen		
sonstige Stellungnahmen		
Die Ernährungsräte in NRW Köln		18/566

